

1 **Mut. Klarheit. Aufbruch.**  
2 **Neue Wege für Mainz**

3 KOALITIONSVEREINBARUNG  
4 VON SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN UND FDP  
5 FÜR 2009 BIS 2014

6  
7  
8  
9 Ergebnisse der Koalitionsklausur vom 6. Dezember 2009

## Inhalt

10

11

<b>Präambel .....</b>	<b>4</b>
-----------------------	----------

12

<b>1. Bildung und Soziales.....</b>	<b>6</b>
-------------------------------------	----------

13

1.1 Bildung.....	6
------------------	---

14

1.2 Kinder, Familie, Jugendliche.....	8
---------------------------------------	---

15

1.3 Armutsprävention.....	12
---------------------------	----

16

1.4 Soziale Fördersysteme und Wirkungssicherung.....	12
--	----

17

1.5 Diversity/Vielfalt .....	14
------------------------------	----

18

<b>2. Finanzen und Beteiligungen .....</b>	<b>17</b>
--	-----------

19

2.1 Finanzen und Haushalt.....	17
--------------------------------	----

20

2.2 Umstrukturierung der städtischen und stadtnahen Gesellschaften....	19
--	----

21

<b>3. Wirtschaft.....</b>	<b>22</b>
---------------------------	-----------

22

3.1 Einzelhandel .....	22
------------------------	----

23

3.2 Gewerbeflächen .....	23
--------------------------	----

24

3.3 Tourismus, Hotel- und Gastgewerbe .....	24
---	----

25

3.4 Medien, Gesundheitsbranche, Forschung und Entwicklung.....	24
--	----

26

3.5 Investorenleitstelle.....	25
-------------------------------	----

27

<b>4. Verwaltung und regionale Zusammenarbeit.....</b>	<b>25</b>
--	-----------

28

4.1 Verwaltung.....	25
---------------------	----

29

4.2 Regionale Zusammenarbeit.....	26
-----------------------------------	----

30

<b>5. Energie.....</b>	<b>27</b>
------------------------	-----------

31

5.1 Beendigung des Kohlekraftwerks-Projekts .....	27
---	----

32

5.2 Erneuerbare Energien .....	28
--------------------------------	----

33

5.3 Umweltberatung und Umweltbildung .....	29
--	----

34

5.4 Nah- und Fernwärme.....	29
-----------------------------	----

35

5.5 Energieeffizienz .....	30
----------------------------	----

36

<b>6. Umwelt und Verkehr.....</b>	<b>30</b>
-----------------------------------	-----------

37

6.1 Umwelt.....	30
-----------------	----

38

6.2 Verkehr .....	31
-------------------	----

39

<b>7. Stadtentwicklung und Bauen .....</b>	<b>34</b>
--	-----------

40

7.1 Masterplan Mainz .....	34
----------------------------	----

41

7.2 Stadtklima .....	35
----------------------	----

42

7.3 Wohnraum .....	35
--------------------	----

43

7.4 Barrierefreie Stadt.....	36
------------------------------	----

44

7.5 Rathaussanierung .....	36
----------------------------	----

45	7.6	Rheinufergestaltung.....	37
46	7.7	Mainzer Plätze.....	37
47	7.8	Mainzer Häfen .....	37
48	7.9	Naherholung .....	37
49	7.10	Neuordnung Regierungsviertel .....	37
50	<b>8.</b>	<b>Kultur und Denkmalpflege.....</b>	<b>38</b>
51	8.1	Bauhistorie und Denkmalschutz .....	38
52	8.2	Das römische Erbe von Mainz.....	39
53	8.3	Das Kurfürstliche Schloss.....	39
54	8.4	Staatstheater .....	39
55	8.5	Überprüfung von Straßennamen .....	40
56	8.6	Gedenken und Erinnern.....	40
57	8.7	Museen.....	40
58	8.8	Bibliotheken und Stadtarchiv .....	41
59	8.9	Kunst im öffentlichen Raum.....	41
60	8.10	Gestaltung des öffentlichen Raumes .....	41
61	8.11	Wissenschaftsstadt Mainz .....	41
62	8.12	Förderung von freien Projekten und Initiativen .....	41
63	8.13	Kulturelle Treffpunkte für Mainz .....	42
64	<b>9.</b>	<b>Sport.....</b>	<b>43</b>
65	<b>10.</b>	<b>Bürgerschaftliches Engagement / Bürgerinnen- und</b>	
66		<b>Bürgerbeteiligung .....</b>	<b>44</b>
67	<b>11.</b>	<b>Fragen der weiteren Zusammenarbeit .....</b>	<b>46</b>

# Mut, Klarheit, Aufbruch. Neue Wege für Mainz

## KOALITIONSVEREINBARUNG VON SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN UND FDP FÜR 2009 BIS 2014

### Präambel

Mainz ist lebenswert und hat außergewöhnliche Potenziale. In einer einmaligen Kulturlandschaft gelegen und mit seiner beeindruckenden 2000jährigen Geschichte ist Mainz als Teil des Rhein-Main-Gebietes gleichermaßen attraktiver Lebensraum und prosperierender Wirtschaftsstandort. Mainz glänzt als Landeshauptstadt, Hochschul- und Medienstandort, Great-Wine-Capital, Tourismusattraktion, Sportstadt, Fastnachtshochburg, Kongressstadt und mit vielen anderen herausragenden Anlagen. Die Bürgerinnen und Bürger von Mainz pflegen eine weltoffene und positive Lebensart, die geradezu sprichwörtlich geworden ist.

Die vielfachen Potenziale von Mainz gilt es zu fördern und zu entfalten. Durch die Kommunalwahl am 7. Juni 2009 haben die Koalitionsparteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP die Möglichkeit erhalten, hierzu neue Wege zu gehen und neue Schwerpunkte zu setzen. Diese sehen wir insbesondere darin, die ökologischen Lebensgrundlagen zu schützen, die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen unserer Stadt zukunftsgerecht weiterzuentwickeln und die Rahmenbedingungen für die Entfaltung der individuellen Lebensziele und –entwürfe zu optimieren.

Neben den vielen positiven Seiten hat die Stadt Mainz aber auch an der Bürde einer immensen und die Gestaltungsspielräume einschränkenden Überschuldung sowie an strukturellen Defiziten in den städtischen Unternehmen und Beteiligungen zu tragen, die ein entschiedenes Umsteuern unerlässlich machen.

Das neue Bündnis steht daher für einen politischen Neuanfang in unserer Stadt. An die Stelle von punktuellen, selektiven und von Sachthema zu Sachthema differierenden thematischen Bündnissen tritt ein Koalitionsbündnis, das in den kommenden Jahren eine zielgerichtete, abgestimmte und verantwortungsbewusste Politik für Mainz gestalten wird.

Die neue Koalition sieht an diesem Punkt die Chance, mit klar formulierten Zielen und Prioritätensetzungen für die kommenden Jahre eine zukunftsweisende

101 Politik zu gestalten, mit der das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die  
102 Mainzer Kommunalpolitik wieder zurückgewonnen werden kann. Die Politik der  
103 Koalitionsparteien wird geprägt sein durch das Bekenntnis, mit Mut und Klarheit  
104 einen Aufbruch zu bewerkstelligen und neue Wege für Mainz zu gehen.

- 105 – Die finanziellen Rahmenbedingungen bestimmen maßgeblich die Hand-  
106 lungsfähigkeit unserer Stadt. Die seit Jahren angespannte Haushaltssituati-  
107 on bedingt ein Umsteuern in der Finanzpolitik. Dies erfordert eine nachhal-  
108 tige Haushaltspolitik, welche die Fehlbeträge konsequent zurückführt,  
109 gleichzeitig aber notwendige Impulse setzt. Dabei werden die Koalitionspar-  
110 teien konsequent und systematisch Konsolidierungspotentiale in allen Be-  
111 reichen der Stadt eruieren und realisieren.
  
- 112 – Ein weiteres zentrales Element dieser Koalition, auch im Hinblick auf eine  
113 finanzielle Konsolidierung, ist die Neustrukturierung der städtischen Gesell-  
114 schaften. Wir wollen unseren Grundsätzen der Transparenz und demokrati-  
115 schen Mitbestimmung als Ziele einer zentralen städtischen Beteiligungsges-  
116 sellschaft auch hier Ausdruck geben. Stadtnahe Unternehmen sollen auf ih-  
117 re Kernaufgabe zurückgeführt werden. Darüber hinaus sollen die Mitglieder  
118 des Stadtrates in die Lage versetzt werden, eine effizientere Kontrolle und  
119 demokratische Steuerung ausüben zu können.
  
- 120 – Durch ein positives Ansiedlungsklima wollen die Koalitionsparteien den  
121 Wirtschaftsstandort stärken. Ein besonderes Augenmerk gilt den kleinen  
122 und mittleren Unternehmen. Die Koalitionsparteien wollen Selbständigkeit  
123 fördern, Unternehmensgeist stärken und Gründungen erleichtern. Dazu  
124 dient die Schaffung einer Investorenleitstelle.
  
- 125 – Die Koalitionsparteien setzen sich für Bildungsgerechtigkeit und gleiche Bil-  
126 dungschancen für alle Kinder und Jugendliche ein, dies unabhängig von  
127 Herkunft und Talent. Wir wollen Bildungspolitik aus einer Hand gestalten,  
128 die Bildung von Anfang an ermöglicht und sicherstellt. Ein bedarfsgerechter  
129 Ausbau der Mainzer Kindertagesstätten und Schulen, die zügige Umset-  
130 zung der anstehenden Sanierungsprogramme sowie eine angemessene  
131 Ausstattung der Bildungseinrichtungen bilden den Schwerpunkt der städti-  
132 schen Investitionen.
  
- 133 – Die Koalitionsparteien verpflichten sich zu einer zielgerichteten und wirksa-  
134 men Sozialpolitik, die den Menschen soziale und kulturelle Teilhabe ermög-  
135 licht. Daher wird der Bekämpfung von Armut in unserer Stadt hohe Priorität  
136 eingeräumt.

- 137 – Die Koalitionsparteien werden in den kommenden Jahren eine neue Ener-  
138 giepolitik umsetzen. Die Parteien sind sich einig, dass das Projekt „Kohle-  
139 heizkraftwerk Ingelheimer Aue“ beendet ist. Den Ausbau der erneuerbaren  
140 Energien setzen sich die Parteien als zentrales Ziel in der Energiepolitik.  
141 Die Einhaltung der Ziele des Klima-Bündnisses der Städte wird festge-  
142 schrieben. Die Koalitionsparteien setzen sich weiterhin für eine verantwor-  
143 tungsbewusste und nachhaltige Umweltpolitik ein.
  
- 144 – Eine zielgerichtete und abgestimmte Politik soll sich auch in der Stadtent-  
145 wicklung wiederfinden. Mit einem “Masterplan Stadtentwicklung” wird die  
146 Koalition eine Gesamtstrategie in der baulichen, verkehrlichen und wirt-  
147 schaftlichen Entwicklung aufzeigen.

148 Handlungsleitende Motive für die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien in den  
149 kommenden Jahren sind die Herstellung von Transparenz und Klarheit bei allen  
150 Entscheidungen sowie eine Stärkung der demokratischen Willensbildung. Wir  
151 verstehen das Ampelbündnis in diesem Sinne als eine ausdrückliche Einladung  
152 an alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, im Schulterschluss mit der Ver-  
153 waltung und unter Beteiligung der verschiedensten Institutionen an der Gestal-  
154 tung und Entwicklung der zukünftigen Stadtpolitik mitzuwirken.

155 Das vorliegende Arbeitsprogramm wurde in zahlreichen Arbeitsgruppen von en-  
156 gagierten Mitgliedern der Koalitionsparteien zusammengetragen und inhaltlich  
157 abgestimmt. Unterschiede in Stil und Umfang der einzelnen Kapitel sind Aus-  
158 druck dieses Arbeitsprozesses und spiegeln nicht notwendigerweise eine Ge-  
159 wichtung wider. Das Arbeitsprogramm insgesamt kann angesichts der gegeb-  
160 en finanziellen Restriktionen durchaus als ambitioniert bewertet werden. So-  
161 weit haushalterische Restriktionen einzelnen Vorhaben entgegenstehen, wer-  
162 den die Koalitionsparteien eine zieladäquate Alternative umsetzen. Im Vertrau-  
163 en auf den gemeinsamen Willen der politischen Beteiligten und der Verwaltung  
164 sehen wir es jedoch als realistisch umsetzbar an. Hierfür wollen wir gemeinsam  
165 im Stadtrat eintreten.

## 166 **1. Bildung und Soziales**

### 167 **1.1 Bildung**

168 Wir setzen uns für Bildungsgerechtigkeit und gleiche Bildungschancen für alle  
169 Kinder und Jugendlichen ein.

170 Die Mainzer Schullandschaft muss bedarfsgerecht ausgebaut, die Schulen an-  
171 gemessen und zeitgemäß ausgestattet und anstehende Sanierungsprogramme  
172 zügig umgesetzt werden. Diese Projekte haben für uns oberste Priorität. Die  
173 Koalition spricht sich ausdrücklich für eine Gleichbehandlung aller Schularten in  
174 Mainz aus. Angestrebte Maßnahmen sind:

- 175 – Weiterentwicklung der Schulentwicklungsplanung unter Einbeziehung aller  
176 Schularten von der Grundschule bis zur Berufsbildenden Schule.
- 177 – Errichtung einer vierten Integrierten Gesamtschule, vorzugsweise in der  
178 Mainzer Neustadt.
- 179 – Der zweite Bauabschnitt des Gymnasiums in der Oberstadt soll umgesetzt  
180 werden.
- 181 – Bedarfsgerechter Ausbau der Ganztagschulen möglichst in jedem Stadtteil  
182 und in allen Schularten.
- 183 – Zügige Umsetzung aller im Haushalt 2009 beschlossenen Schulsanie-  
184 rungsmaßnahmen.
- 185 – Aktualisierung der Schulsanierungsplanung entlang einer zuvor erstellten  
186 Prioritätenliste unter besonderer Berücksichtigung energetischer Gesichts-  
187 punkte; Verbesserung der Kooperation zwischen GWM und Schulen und  
188 Schulverwaltung.
- 189 – Verbesserung der räumlichen Ausstattung der Schulen (Zusammenführung  
190 der Sophie-Scholl-Schule auf maximal zwei Standorte).

191 Wir setzen uns für die professionelle Weiterentwicklung der Mainzer Schulent-  
192 wicklungsplanung ein und werden die dazu notwendigen organisatorischen,  
193 fachlichen und personellen Voraussetzungen in der Verwaltung schaffen. Dazu  
194 gehört, dass die Schulverwaltung zukünftig einem hauptamtlich geführten De-  
195 zernat zugeordnet wird. Die Kooperation zwischen Schulverwaltung und Ju-  
196 gendhilfe muss konsequent verbessert und zu einem zentralen Bestandteil der  
197 zukünftigen Arbeit werden. Angestrebte Maßnahmen sind:

- 198 – Die Schulverwaltung muss so organisiert und personell ausgestattet sein,  
199 dass sie vorausschauend planen und agieren kann.
- 200 – Systematische Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schulen. Um diesen  
201 Prozess zu gestalten, wird die Koalition eine interfraktionelle Arbeitsgruppe  
202 einrichten.
- 203 – Entwicklung eines Konzepts zur systematischen Bildungsförderung und Ar-  
204 mutsprävention von der Geburt bis zum Berufseinstieg in Mainz. Dadurch

205 sollen die Übergänge zwischen aufnehmenden und abgebenden Bildungs-  
206 einrichtungen (von der Kita bis zur Ausbildung) verbessert werden. Das  
207 Konzept könnte in einem Stadtteil oder Schulbezirk erprobt werden.

- 208 – Anmeldeverfahren für Schulen optimieren.

209 Wir messen der frühkindlichen Bildung und der individuellen Förderung in allen  
210 Mainzer Schulen eine besondere Bedeutung bei und unterstützen folgende  
211 Maßnahmen:

- 212 – Verstärkte Bildungsförderung bereits im Kita-Bereich.
- 213 – Bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schulen.
- 214 – Zusätzliche pädagogische Angebote an Ganztagschulen.
- 215 – Schaffung guter Rahmenbedingungen für die neu zu gründenden Schulen.
- 216 – Frühzeitige systematische Berufsorientierung an allen Schulen, Intensivie-  
217 rung der Kooperation mit Unternehmen, Kammern, stadtnahen Betrieben  
218 und der Stadtverwaltung.

219 Schulen brauchen mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung auch bei der  
220 Mittelbewirtschaftung. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Mainzer Schulen  
221 Budgets zur eigenständigen Bewirtschaftung erhalten; hierzu sind eine Überprü-  
222 fung der Rahmenbedingungen und gegebenenfalls der Abbau von Hemmnissen  
223 erforderlich.

224 Wir streben eine Optimierung der Kooperation mit Eltern- und Schülervvertretung  
225 und deren frühzeitige Einbeziehung insbesondere bei Fragen der Schulentwick-  
226 lung an. Ein entsprechendes Konzept soll von der Schulverwaltung erarbeitet  
227 werden.

228 Die Parteien wollen mit dem neuen Dezernat Verfahren initiieren, bei dem mit  
229 allen Beteiligten die Schulentwicklung, orientiert am Elternwillen, fortentwickelt  
230 werden kann.

## 231 **1.2 Kinder, Familie, Jugendliche**

232 Allen Kindern sollen möglichst früh die Chance intensiver Förderung und die  
233 Chance zur Entwicklung der Gemeinschaftsfähigkeit gegeben werden. Eltern  
234 soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert werden. Dazu ist der  
235 weitere Ausbau des Mainzer Kindertagesstättenangebotes notwendig. Im Ein-  
236 zelnem zählt dazu:

- 237 – Bedarfsgerechter Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder ab 2 Jahren,

238 für die ab 01.08.2010 ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz be-  
239 steht – Aufstellung von „Notplänen“ für Fälle, in denen sich Baumaßnahmen  
240 verzögert haben und die wohnortnahe Versorgung unzureichend ist.

- 241 – Zügiger und wohnortnaher Ausbau des Krippenangebots mit Blick auf den  
242 angestrebten Rechtsanspruch für alle einjährigen Kinder ab dem Jahr 2013.
- 243 – Bedarfsgerechter Ausbau der Ganztagsbetreuung im Krippen- und Kinder-  
244 gartenbereich, der auch ein wichtiger Standortfaktor ist, damit Mainz für qua-  
245 lifizierte Fachkräfte attraktiv bleibt.
- 246 – Umsetzung des Kita-Masterplans, der Mittel und eine definierte Reihenfolge  
247 für die Sanierung der städtischen Kindertagesstätten vorsieht.
- 248 – Unterstützung freier Träger und der Betriebskindertagesstätten und freier  
249 Elterninitiativen.

250 Der quantitative Ausbau und die baulichen Verbesserungen im Kindertagesstät-  
251 tenbereich sind eine der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungsarbeit,  
252 die allen Kindern zugute kommen soll. Es geht aber auch darum, die Qualitäts-  
253 entwicklung der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit in Kindertages-  
254 stätten zu stärken. Dabei sind uns verstärkte Aktivitäten auf verschiedenen E-  
255 benen wichtig:

- 256 – Individuelle Förderung von Kindern unter Einbeziehung der musischen und  
257 kulturellen Erziehung sowie des forschenden und entdeckenden Lernens  
258 und der Kreativitätsentwicklung sowie des interkulturellen Lernens.
- 259 – Unterstützung der Gesundheitsprävention und dabei vor allem auch der ge-  
260 sunden Ernährung.
- 261 – Stärkung der Elternarbeit und damit der Erziehungspartnerschaft an Kitas.
- 262 – Nutzung der Fachkompetenz der Kitas mit Horten zur Gestaltung des Über-  
263 gangs vom Kindergarten in die Schule.
- 264 – Gewährleistung attraktiver und sicherer Arbeitsverhältnisse für Erzieherin-  
265 nen und Erzieher städtischer Einrichtungen, flankiert durch ein Personalent-  
266 wicklungskonzept.

267 Ein besonderes Augenmerk von Politik und Gesellschaft muss darauf liegen,  
268 Kindern in benachteiligten Lebenssituationen oder aus benachteiligten Familien  
269 die besten Voraussetzungen zu bieten, damit sie einer Ausgrenzungsspirale  
270 entkommen und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben kön-  
271 nen. Angestrebt wird deshalb Folgendes:

- 272 – Steigerung des Kindergartenbesuchsquote für Kinder benachteiligter Famili-

273 en möglichst auf 100%.

- 274 – Ausbau einer niedrigschwelligen Elternarbeit analog dem modellhaften Pro-  
275 jekt „Starke Mütter – Starke Kinder“.
- 276 – Vorhaltung eines Verfügungsfonds zur Unterstützung von Kindern, die aus  
277 materiellen Gründen nicht an Kita-Aktionen teilnehmen können.
- 278 – Auf- und Ausbau eines Netzes ehrenamtlicher Lernpatinnen und Lernpaten  
279 an Grundschulen und in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

280 Kinder haben ein Recht auf Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung, und El-  
281 tern haben ein Recht darauf, bei der manchmal schwierigen Erziehungsaufgabe  
282 von der Gesellschaft unterstützt zu werden. Um Schutz und Unterstützung bie-  
283 ten zu können, müssen einerseits die Hilfesysteme – ob im Bereich der Kinder-  
284 und Jugendhilfe, der Schule, der Beratungsdienste oder des Gesundheitssys-  
285 tems – gut vernetzt, andererseits aber auch entsprechend ausgebaut und struk-  
286 turisiert sein. Wir nehmen uns deshalb vor:

- 287 – Aufgabenentsprechende personelle Ausstattung des Allgemeinen Sozialen  
288 Dienstes im Jugendamt.
- 289 – Stärkung der Familienhilfen.
- 290 – Stärkung des Netzes sozialer Frühwarnsysteme.
- 291 – Niedrigschwellige präventive Beratungsangebote für Kinder und Eltern, die  
292 auch anonym genutzt werden können.
- 293 – Ergänzung der präventiven Angebotsstruktur durch aufsuchende Hilfen.
- 294 – Unterstützung der Hebammenschulung (Programm „Willkommen in Mainz“).

295 Mainz wird von vielen Familien für seine kinder- und familienfreundlichen Ange-  
296 bote geschätzt. Damit die Stadt weiterhin für Familien ein attraktiver Wohnort  
297 bleibt, der einerseits Betreuungs- und Bildungschancen für Kinder eröffnet, an-  
298 dererseits aber auch Eltern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unter-  
299 stützt, gilt es, die bestehenden Angebote weiterzuentwickeln. Neben dem Aus-  
300 bau der qualifizierten Tagesbetreuung ist es in Zukunft auch wichtig, bei Bedarf  
301 die Betreuungslücke in Ganztagschulen am Freitagnachmittag zu schließen  
302 und außerdem die Ferienbetreuung durch zusätzliche Wochenangebote zu in-  
303 tensivieren.

- 304 – Weiterer Ausbau des bedarfsgerechten Kindertagesstättenangebots mit fle-  
305 xiblen Öffnungszeiten zur gelingenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- 306 – Unterstützung des Einsatzes von Tageseltern, zum Beispiel durch die Förde-

307            rung des Qualifizierungsangebotes.

- 308        – Förderung des Ausbaus flexibler Betreuungsangebote am Freitagnachmittag
- 309            ergänzend zum Angebot der Ganztagschulen (Grundlage z. B. Förderung
- 310            im Rahmen der „Betreuenden Grundschule“ bzw. Kooperation von Schule,
- 311            freien Trägern und Initiativen).
- 312        – Ausweitung der Ferienbetreuung für Schulkinder durch Verstärkung der Wo-
- 313            chenangebote in Ergänzung des bisherigen Angebotes über die Ferienkarte.
- 314        – Verbesserung des Spielraumangebotes im öffentlichen Raum. Aus Sicher-
- 315            heitsgründen abgebaute Spielgeräte müssen schnell ersetzt werden.
- 316        – Förderung von Bewegungsangeboten, u. a. soll jedes Kind die Gelegenheit
- 317            haben, kostengünstig schwimmen zu lernen.
- 318        – Stärkung der Beteiligungskultur für Kinder und Jugendliche.

319        Jugendverbände und ihr Zusammenschluss, der Stadtjugendring, sind der wich-  
320            tigste Partner der Jugendarbeit der Stadt. Ihre Arbeit und die Jugendarbeit in  
321            Vereinen und von freien Trägern werden weiter unterstützt.

322        Auch in Zukunft wird es ein attraktives und zeitgemäßes Angebot an Jugend-  
323            freizeit- und Jugendkulturangeboten geben. Dabei spielen die städtischen Kin-  
324            der-, Jugend- und Kulturzentren eine wichtige Rolle. Die dort geleistete Arbeit  
325            soll mindestens im bisherigen Umfang erhalten werden; ihre Konzeption wird  
326            beständig an die Bedürfnisse der Jugendlichen angepasst. Dazu gehört ein  
327            Freiraum- und Freizeitangebot, das den unterschiedlichen Bedürfnissen von  
328            Mädchen und Jungen aller Altersgruppen entspricht. Genauso gehören dazu  
329            Öffnungszeiten am Wochenende. Die Verzahnung von Streetwork und offener  
330            Jugendarbeit der Stadt wird intensiviert.

331        Das Open-Ohr-Festival wird auch in Zukunft als städtische Veranstaltung – ab  
332            sofort wieder mit einer vollständig autonomen Projektgruppe – auf der Zitadelle  
333            stattfinden. Veränderungen werden besser mit der Projektgruppe abgestimmt.  
334        Das KUZ bleibt an seinem Standort am Winterhafen. Die Freiflächen am Rhein-  
335            ufer können auch zukünftig von jedermann genutzt werden.

336        Die Suchtprävention wird gestärkt; die Kooperation mit den Schulen dabei in-  
337            tensiviert, Angebote der Landeszentrale für Gesundheitsaufklärung genutzt.

338        Die erfolgreiche Arbeit gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit wird fortgesetzt.  
339            Die auf diesem Gebiet tätigen Netzwerke erfüllen eine wichtige Funktion. Das  
340            im Kommunalen Präventivrat Mainz entwickelte Konzept zur Prävention von

341 Farbschmierereien wird mit seinen beiden Komponenten „Jugendkultur fördern“  
342 (inklusive der Ausweisung legaler Flächen für Graffiti) und Verhinderung von  
343 Vandalismus umgesetzt.

### 344 **1.3 Armutsprävention**

345 Soziale Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit sind wich-  
346 tige Prinzipien für eine positive Entwicklung unserer Stadt. Ein wesentliches Ziel  
347 liegt daher in einer präventiven Armutsbekämpfung. Wir benötigen verlässliche  
348 und flexible Förder- und Hilfsangebote, die auf die unterschiedlichen Lebensla-  
349 gen und gewandelten Bedürfnislagen von Menschen angemessen reagieren.

350 Vielen Menschen, speziell Familien mit Kindern, ist eine breite kulturelle und  
351 soziale Teilhabe sowie flexible Mobilität aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhält-  
352 nisse verwehrt. Mit der Einführung des „MainzPasses“ als Sozialpass, der bis  
353 Mitte 2010 auf den Weg zu bringen ist, können solche sozialen Barrieren über-  
354 wunden werden. Dabei ist der Ausbau des bisherigen Sozialpasses unter Ein-  
355 beziehung privater Anbieter sowie Sportvereinen, der Theater, der Volkshoch-  
356 schule, der Schwimmbäder, der Museen, des Peter-Cornelius-Konservatoriums  
357 und anderen zu prüfen. Die Koalition strebt die Einführung eines Sozialtarifs der  
358 Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) im Rahmen des „MainzPasses“ an. Unab-  
359 hängig von den Verhandlungen über einen künftigen „MainzPass“ werden wir  
360 einen lokalen, wissenschaftlich begleiteten Aktionsplan auf Basis des Armuts-  
361 monitorings und unter Einbezug der Freien Träger entwickeln. Dieser Aktions-  
362 plan dient der optimalen Koordination von sozialer Arbeit, Beratungsleistungen,  
363 Förderprogrammen sowie Bildungs- und Qualifizierungsangeboten für sozial  
364 Benachteiligte.

365 Beim Sozialdezernat wird im Rahmen der bestehenden Personalstruktur eine  
366 „zentrale Anlaufstelle gegen Armut“ eingerichtet werden. Wir wollen Armut in  
367 Mainz verhindern und bekämpfen. Wir werden weiterhin Kinder aus einkom-  
368 mensschwachen Familien bei der Versorgung mit Schulmaterial und bei den  
369 Kosten für das Mittagessen finanziell unterstützen.

### 370 **1.4 Soziale Fördersysteme und Wirkungssicherung**

371 Wir wollen die Freien Träger in ihrer wertvollen Arbeit mit verlässlicher finan-  
372 zieller Unterstützung stärken. Dies setzt aber voraus, dass die Förderkriterien  
373 transparent und nachvollziehbar sind und nicht dem „Gießkannenprinzip“ fol-  
374 gen. Unser Fördersystem muss offen sein für neue Herausforderungen und  
375 auch neuen Gruppen und Projekten eine Chance bieten. Die Erfahrungen aus

376 dem Prozess der Beratungsstellenanalyse müssen im Dialog mit den Trägern  
377 pragmatisch zu einem tragfähigen Konzept weiterentwickelt werden. Dabei ist  
378 auch zu untersuchen, wie die Schuldnerberatung gegebenenfalls durch Ver-  
379 knüpfung oder Umschichtung mit anderen Projekten ausgeweitet und möglichst  
380 zeitnah realisiert werden kann. Die Beratungsangebote für Schwulen und Les-  
381 ben soll auch zukünftig gefördert werden.

382 Um die anstehenden sozialen Aufgaben realisieren zu können, werden die bis-  
383 her getätigten Maßnahmen und Leistungen in diesem Bereich einer kritischen  
384 Bestandsaufnahme unterzogen und mögliche Einsparpotenziale konsequent  
385 genutzt. Anhand dieser Bestandsaufnahme erfolgt eine Neukonzeption der Mit-  
386 telzuweisung, die der Armutsbekämpfung und der sozialpolitischen Wirkungssi-  
387 cherung oberste Priorität einräumt. Wir unterstützen das Prinzip „ambulant vor  
388 stationär“. Ambulante häusliche Pflege soll den Menschen ermöglichen, auch  
389 im Alter in ihrem sozialen Umfeld weiterleben zu können. Dabei gilt es, neue,  
390 alternative Wohnformen wie z.B. Mehrgenerationenhaus, SeniorInnen-WGs etc.  
391 zu fördern. Es sind Räume und Plätze zu fördern, an denen sich Generationen  
392 begegnen. Barrierefreiheit und interkulturelle Kompetenz als durchgängige  
393 Prinzipien sind dabei die Leitschnur. Wir wollen die Mainzer Altenwohnheim  
394 GmbH als tarifgebundenes Unternehmen in kommunaler Trägerschaft erhalten.  
395 Zur Sicherung dieses Ziels sind jedoch sämtliche Einsparpotenziale unter Be-  
396 achtung einschlägiger tariflicher wie gesetzlicher Regelungen in Zusammenar-  
397 beit mit allen Beteiligten einschließlich der Personalvertretung zu realisieren.  
398 Das Jahr für Jahr auftretenden Defizit ist möglichst auf Null zurückzuführen.

399 Die Kommune muss Vorbild sein in puncto „Gute Arbeit“. Als Arbeitgeber wollen  
400 wir durch gute Arbeitsbedingungen und entsprechende flexible Arbeitsmodelle  
401 den Beschäftigten in ihrer jeweiligen Lebenslage gerecht werden. Dies gilt ins-  
402 besondere für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie echte Chancen-  
403 gleichheit für alle Beschäftigten. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen  
404 und eine hohe Quote und Förderung von Menschen mit Behinderung. Interkul-  
405 turelle Kompetenz und die hohe Ausbildungsquote bei Stadt und stadtnahen  
406 Gesellschaften sollen beibehalten und gegebenenfalls ausgebaut werden. Wir  
407 unterstützen die Arbeit der Beschäftigten der Stadt Mainz in der ARGE. Wir set-  
408 zen uns dafür ein, dass beim anstehenden Prozess der Umgestaltung der AR-  
409 GE die Qualität von Beratung und Leistung für die Betroffenen erhalten bleibt.  
410 Die Jugendberufsagentur soll erhalten bleiben. Die kommunale Beschäfti-  
411 gungsgesellschaft SPAZ gGmbH und die freien arbeitsmarktpolitischen Träger  
412 erhalten die notwendige Unterstützung bei der Beschäftigung und Qualifizierung  
413 von arbeitslosen und am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen. Die Förde-

414 rung erfolgt zukünftig stärker projektbezogen und bezieht sich auf bestimmte  
415 Zielgruppen. Zur Optimierung ihrer arbeitsmarktpolitischen Integrationsleistung  
416 soll die SPAZ gGmbH weitere zusätzliche und gemeinnützige Beschäftigungs-  
417 felder entwickeln, die geeignet sind, Menschen eine Beschäftigungsperspektive  
418 zu ermöglichen und die im öffentlichen Interesse liegende, kommunale Belange  
419 fördern (insbesondere im Bereich Denkmalpflege, Umwelt und Ökologie). Integ-  
420 rationsbetriebe für Menschen mit Beeinträchtigungen sollen im Rahmen der  
421 rechtlichen Möglichkeiten bei städtischen Auftragsvergaben bevorzugt werden.  
422 Wir unterstützen die Jugendberufshilfen und weitere Maßnahmen zur Integrati-  
423 on junger Menschen in Ausbildung und Beruf. Das Projekt Soziale Stadt wird  
424 unterstützt und fortgeführt, da es die soziale Stadtentwicklung unter Beteiligung  
425 von Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Initiativen fördert. Positive Er-  
426 kenntnisse und Elemente sind, soweit möglich, auf andere Stadtteile und Quar-  
427 tiere zu übertragen. Die Förderung geeigneter Stadtteile, die nicht über das Pro-  
428 jekt Soziale Stadt gefördert werden konnten, ist beizubehalten. Nicht zweckge-  
429 bundene Leistungen, die aus Projekten der Mischfinanzierung erwachsen, sol-  
430 len mithilfe der Sozialraumanalyse optimal umgesetzt werden. Wir begrüßen die  
431 Auflösung der Notunterkunft Zwerchallee. Gerade für Kinder und Jugendliche  
432 bedeutete die Nennung dieser Adresse häufig soziale Stigmatisierung. Wir un-  
433 terstützen die Fachstelle Wohnraumhilfen in ihrem Bemühen, Obdachlosigkeit  
434 von Familien und Kindern zu verhindern, insbesondere die Kooperation mit der  
435 Wohnbau Mainz zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit. Eine weitere Wohn-  
436 nutzung der Notunterkunft Zwerchallee schließen wir aus. Das Gebiet ist ge-  
437 gemäß Stadtratsbeschluss neu zu überplanen.

438 Wir sind uns einig, dass sich die Wohnbau Mainz auf ihre Kernaufgabe, nämlich  
439 die Beschaffung bezahlbaren Wohnraums, konzentriert. Im Rahmen der Wohn-  
440 bewirtschaftung muss sie ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden.

## 441 **1.5 Diversity/Vielfalt**

442 Menschen unterscheiden sich durch soziale und kulturelle Prägungen, durch  
443 Geschlecht, Alter und mögliche gesundheitliche Einschränkungen sowie durch  
444 ihre sexuelle Orientierung. Unser Ziel ist es, diese Vielfalt als Potenzial und  
445 Chance zu begreifen, um die gesellschaftlichen Herausforderungen in unserer  
446 Stadt gemeinsam zu meistern. Wir setzen uns für eine moderne Integrationspo-  
447 litik ein, die Menschen mit Migrationshintergrund als gleichberechtigte Bürgerin-  
448 nen und Bürger dieser Stadt respektiert. Um Migrantinnen und Migranten in  
449 Mainz zu integrieren, soll ein strategisches Integrationskonzept erarbeitet wer-  
450 den. Das Konzept, das unter Einbeziehung des Beirats für Integration und Mig-

451 ration und der Migrantenorganisationen entwickelt wird, beinhaltet:

- 452 – Eine Bestandsaufnahme der bestehenden Maßnahmen und Hilfen zur Integ-  
453 ration, um Bedürfnisse zu ermitteln und Potentiale zu optimieren.
- 454 – Die Stärkung der interkulturellen Kompetenz innerhalb der Stadtverwaltung  
455 durch Fortbildung des bestehenden Personals sowie die Einstellung von  
456 Menschen mit Migrationshintergrund bei gleicher Qualifikation.
- 457 – Zielvereinbarungen mit freien Trägern der Sozialen Arbeit und Jugendhilfe.
- 458 – Unterstützung der Migrantenorganisationen und Vernetzung der bestehen-  
459 den Maßnahmen und Akteure.
- 460 – Regelmäßige Überprüfung und Fortschreibung der Integrationsziele unter  
461 selbstverständlicher Einbindung des Migrationsbeirates und der Migrantens-  
462 selbstorganisationen.
- 463 – Die stadtnahen Gesellschaften sollen nach unserer Ansicht in selbiger Wei-  
464 se verfahren.

465 Im Rahmen dieser Ausrichtung wird in Abstimmung mit den vorgenannten Insti-  
466 tutionen geprüft, in welchem Dezernatsbereich das Feld der Integrationspolitik  
467 angesiedelt wird, um die Aufgaben fachlich und strukturell zu steuern und eine  
468 Vernetzung zwischen privaten Einrichtungen und solchen in öffentlicher Hand  
469 zu forcieren. Zudem streben wir an, die Rahmenbedingungen für das Büro für  
470 Migration und Integration zu verbessern. Integration in Mainz muss einem  
471 ganzheitlichen Ansatz folgen. Dies bedeutet, dass bereits das interkulturelle  
472 Lernen im Kita-Bereich verstärkt ausgebaut werden soll. Da das Beherrschen  
473 der deutschen Sprache den Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration dar-  
474 stellt, werden die Förderangebote für das Erlernen der deutschen Sprache, ins-  
475 besondere für Kinder, weiter ausgebaut. Ergänzend werden auch diejenigen  
476 Angebote berücksichtigt, die das Beherrschen der jeweiligen Muttersprache un-  
477 terstützen. In diesem Zusammenhang soll das Netzwerk Sprache und Kind un-  
478 terstützt sowie die Arbeit des Instituts für interkulturelle Pädagogik im Elemen-  
479 tarbereich e.V. gesichert werden.

480 Die Mainzer Schulen, insbesondere auch die Ganztagschulen, sollen weiter  
481 angehalten und in die Lage versetzt werden, gezielte Förderung mit Hilfe der  
482 Einbindung von Eltern und außerschulischen Institutionen zu verstärken. Die  
483 Möglichkeiten, die interdisziplinäres Personal in allen Schulformen entwickeln  
484 kann, sollen ebenfalls verstärkt genutzt werden.

485 Pflegebedürftige Migrantinnen und Migranten sollen, vor allem in städtischen

486 Einrichtungen, Pflege erfahren, die auf kulturellen Gegebenheiten eingeht und  
487 dementsprechend sensibilisiert ist. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwiefern am-  
488 bulante und (teil-)stationäre Pflegedienste diesbezüglich grundsätzlich refor-  
489 miert werden können.

490 Der Beirat für Migration und Integration leistet in Mainz wertvolle Arbeit, die wir  
491 aktiv begleiten und unterstützen wollen. Darüber hinaus begrüßen wir die be-  
492 deutende Arbeit der Migrantenselbstorganisationen und werden diese, bei-  
493 spielsweise bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten zur Gestaltung des  
494 Vereinslebens, fördern. Die bestehende Mainzer Flüchtlingskonzeption wird  
495 umgesetzt. Die Stadt Mainz unterstützt Bemühungen, allen Migrantinnen und  
496 Migranten, die legal seit fünf Jahren und länger in der Stadt ihren dauerhaften  
497 Wohnsitz haben, das kommunale Wahlrecht anzuerkennen. Es wird angestrebt,  
498 ein selbstverwaltetes, interkulturelles Zentrum in Mainz einzurichten.

499 Die Stadt Mainz entwickelt, analog der Prinzipien der UN-Behinderten-  
500 rechtskonvention, ein ganzheitliches Konzept für Inklusion und Barrierefreiheit,  
501 um Grundvoraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen mit Behinderung  
502 am gesellschaftlichen Leben in Mainz teilhaben. Dazu gehört der barrierefreie  
503 Ausbau von Infrastruktur und Wohnungen mithilfe von Finanzierungsmitteln wie  
504 beispielsweise der Nutzung der Fehlbelegungsabgabe. Integrationsbetriebe sol-  
505 len weiter ausgebaut werden, wobei Stadt und stadtnahe Gesellschaften in Vor-  
506 bildfunktion eingebunden werden. Die Ortsverwaltungen sollen darüber hinaus  
507 weiter barrierefrei gestaltet werden. Bei allen diesbezüglichen Maßnahmen  
508 werden die Organisationen von Menschen mit Behinderung aktiv einbezogen.  
509 Persönliche Budgets sollen als selbstbestimmte Form der Sozialleistungen er-  
510 halten und weiterentwickelt werden.

511 Wir setzen uns dafür ein, dass das Allgemeine Gleichstellungsgesetz (AGG) in  
512 Mainz aktiv umgesetzt wird. Wir wollen eine konsequente Antidiskriminierungs-  
513 politik als städtische Querschnittsaufgabe, die alle betroffenen Zielgruppen bzw.  
514 Diskriminierungsfelder einbezieht: Migrantinnen und Migranten, Frauen, Schwu-  
515 le und Lesben, Menschen mit Behinderungen, etc. Hierzu gehören Aufklä-  
516 rungsarbeit und altersgerechte pädagogische Maßnahmen zu Themen wie Ho-  
517 mophobie und Vielfalt sowie Schulungsmaßnahmen für städtische Mitarbeite-  
518 rinnen und Mitarbeiter und andere Multiplikatoren. Die Parteien bekennen sich  
519 dazu, dass Frauenpolitik ein Querschnittsthema der Mainzer Politik sein muss.  
520 Dazu gehört, dass die Sichtweise von Frauen und Männern selbstverständlich  
521 in das Verwaltungshandeln integriert wird. Das bedeutet:

522 – Das Konzept „Gender Mainzstreaming“ muss in Modellprojekten endlich tat-

sächlich ins Verwaltungshandeln einfließen.

- Der Europäische Gleichstellungsaktionsplan darf keine Hochglanzbroschüre bleiben und konkrete Projekte sollen umgesetzt werden.
- Die Verwaltung und die stadtnahen Unternehmen müssen Vorbild sein bei der Frauenförderung und der Berufung von Frauen in Führungspositionen.

Das Mainzer Frauenbüro soll auch in Zukunft in Hinblick auf die Gleichstellung der Frauen einen wichtigen Beitrag leisten. Dabei soll die personelle Ausstattung erhalten bleiben.

## 2. Finanzen und Beteiligungen

### 2.1 Finanzen und Haushalt

Die Handlungsfähigkeit unserer Stadt hängt entscheidend von den finanziellen Rahmenbedingungen ab. Die seit Jahren angespannte Haushaltssituation der Stadt und die hohen Zinszahlungen erfordern eine nachhaltige Haushaltspolitik, welche die Fehlbeträge konsequent zurückführt, gleichzeitig aber ein „Kaputtsparen“ verhindert.

Die mittelfristigen Prognosen zeigen keine Entschärfung der prekären Haushaltssituation. Dies verlangt ein wirksames Gegensteuern, um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern. Wir wollen dazu eine strategische und langfristige Haushaltskonsolidierung verfolgen, die insbesondere folgende Ansätze enthalten soll:

- Die Gewerbesteuer wird auch in Zukunft die wichtigste Einnahmequelle der Stadt bleiben. Wir setzen daher verstärkt auf eine Stadtentwicklungs- und Wirtschaftspolitik, die Neuansiedlung wesentlich attraktiver macht und auch die Ausweitung bestehender Unternehmen unterstützt. Eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer schließen wir aus.
- Bei der Neustrukturierung der städtischen Beteiligungen werden wir auch das Ziel verfolgen, den städtischen Haushalt entscheidend zu entlasten. Die mögliche Neuordnung muss dazu beitragen, dass mittelfristig keine Zuschussung einzelner Gesellschaften durch den städtischen Haushalt mehr nötig ist. Die neue Beteiligungsstruktur muss zukünftig auch zu finanziellen Zuführungen in den städtischen Haushalt führen.
- Einsparpotentiale in allen Bereichen der Stadt wollen wir systematisch eruieren und realisieren. Dazu werden wir auch Kürzungen im Haushalt mit vor-

556 heriger Aufgabenkritik umsetzen.

- 557 – Durch die Fortsetzung der Umstrukturierung der Verwaltung, werden wir  
558 durch Synergien mittel- und langfristig weitere Personaleinsparungen er-  
559 möglichen. Betriebsbedingte Kündigungen schließen wir dabei ausdrücklich  
560 aus.
- 561 – Wir wollen Einnahmen erhöhen und prüfen, in welchen Gebührenbereichen  
562 eine höhere Kostendeckung erreicht werden kann.
- 563 – Wir wollen prüfen, inwieweit Budgets auf Dezernatsebene einen differenzier-  
564 ten Konsolidierungsbetrag erbringen können
- 565 – Die Koalition wird eine verstärkte Nutzung von Zuschüssen des Landes,  
566 Bundes und aus EU-Mitteln verfolgen.
- 567 – Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit mit dem Umland und  
568 Wiesbaden verstärken, um durch Nutzung von Synergien, Ausgaben zu  
569 senken.
- 570 – Wir streben zukünftig abgestimmte Strategien mit der Aufsichts- und Dienst-  
571 leistungsdirektion (ADD) und dem Land an, um Haushaltskonsolidierung und  
572 haushaltspolitische Spielräume in ein gesundes Gleichgewicht zu bringen  
573 und langfristig einen Korridor zur Entschuldung der Stadt zu öffnen. Wir wol-  
574 len, dass dabei die Besonderheiten der Landeshauptstadt als Oberzentrum  
575 Berücksichtigung finden.

576 Enge finanzielle Spielräume erfordern eine klare und transparente Schwer-  
577 punktsetzung. Wir werden insbesondere bei Investitionen den Schwerpunkt auf  
578 den Ausbau bzw. die Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen setzen.  
579 Den doppischen Haushalt wollen wir ausbauen, um mehr Transparenz über  
580 einzelne Leistungen/Produkte zu schaffen und diese stärker mit Zielformulie-  
581 rungen zu koppeln. Wir werden den Bürgerhaushalt weiterentwickeln, um mehr  
582 Beteiligung zu ermöglichen.

583 Die Parteien sind sich einig, dass eine Erhöhung der Grundsteuer B überflüssig  
584 gemacht werden soll; die Parteien werden in den Haushaltsberatungen eine  
585 nachhaltige Kompensation sicherstellen.

586 Die Chancen von Bürgerfonds und Stiftungen für ansonsten nicht oder schwer  
587 realisierbarer Maßnahmen und Aufgaben der Stadt sind zukünftig zu nutzen.  
588 Darüber hinaus ist die Gründung stadteigener Stiftungen und Bürgerfonds zu  
589 prüfen.

## 2.2 Umstrukturierung der städtischen und stadtnahen Gesellschaften

Die Koalitionsparteien werden die städtischen und stadtnahen Gesellschaften umstrukturieren mit dem Ziel transparente und effiziente Strukturen zu schaffen, die ein größtmögliches Maß an Kontrolle und Steuerung sicherstellen. Immer mehr Leistungen der Stadt Mainz werden außerhalb der traditionellen Kernverwaltung in alternativen Organisations- und Rechtsformen erbracht, wie beispielsweise in Regiebetrieben, in Eigenbetrieben, in Zweckverbänden, in privatrechtlichen Gesellschaftsformen als Eigengesellschaften oder auch als gemischtwirtschaftliche Unternehmen unter Beteiligung privater Dritter („PPP-Modelle“).

Mit dieser zunehmenden Auslagerung von Aufgaben hat sich die Komplexität der Steuerung erhöht, der Haushalt bildet nur noch ein unvollständiges Bild der Finanz- und Vermögenslage der Stadt ab.

Die Einführung des doppischen Rechnungswesen und die Pflicht zur Aufstellung von Gesamtabschlüssen des „Konzerns Stadt“ wird die notwendige Transparenz über Vermögen, Schulden, Chancen und Risiken zukünftig verbessern.

Die Koalitionsparteien sind sich darin einig, dass negative Entwicklungen wie bei der Wohnbau innerhalb einer städtischen oder stadtnahen Gesellschaft nicht wieder möglich sein dürfen. Weder ist bislang eine Gesamtstrategie für den „Konzern Stadt“ erkennbar noch wurden die Mandatsträger in geeigneter Weise bei ihrer Aufgabe der Kontrolle der Unternehmen ausreichend begleitet und unterstützt. Des Weiteren haben sich in den vergangenen Jahren stadtnahe Gesellschaften in sich überschneidenden Geschäftsfeldern bewegt. Dadurch sind zum Teil Doppelstrukturen entstanden, die einer wirksamen und zielgerichteten Gesamtsteuerung entgegenstehen. Die Koalitionsparteien sind sich daher darin einig, die stadtnahen und städtischen Gesellschaften umzustrukturieren sowie eine zentrale Steuerung für die Beteiligungen aufzubauen. Die folgenden Ziele haben für die Koalitionsparteien höchste Priorität:

- die Transparenz für Bürgerinnen und Bürger sowie für den Stadtvorstand und den Rat der Stadt Mainz in allen stadtnahen und städtischen Gesellschaften zu erhöhen,
- ein größtmögliches Maß an demokratischer Kontrolle und demokratischer Steuerung sicherzustellen, der Stadtrat als Vertreter des alleinigen Gesellschafters (Stadt Mainz) hat das Letztentscheidungsrecht.
- betriebswirtschaftliche Effizienzsteigerungen durch Rückführung der Gesellschaften auf Kernaufgaben und Abschaffung von Doppelstrukturen zu erzie-

626 len.

- 627 – Eine zukünftige und nachhaltige Entlastung des städtischen Haushalts.

628 Die Umstrukturierung der Gesellschaften soll im Ergebnis insbesondere eine  
629 Verschlinkung der Führungsebene zum Ziel haben. Der Fortentwicklung des  
630 Beteiligungsmanagements kommt hierfür besondere Bedeutung zu. Dabei sind  
631 unter anderem folgende Schwerpunkte zu beachten:

- 632 – Beteiligungsbetreuung (Mandats- und Gremienbetreuung der Beteiligungen;  
633 Planung, Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen; Beteiligungsberatung;  
634 Projektmanagement)
- 635 – Beteiligungsentwicklung (Entwicklung der Beteiligungen / Gesamtstrategie  
636 (Basis: Stärken- und Schwächenanalysen); Erstellung von Markt- und Wett-  
637 bewerbsanalysen; Unterstützung beim Koordinations- und Innovationsma-  
638 nagement)
- 639 – Beteiligungsportfoliomanagement (Entwicklung und Betreuung des Beteili-  
640 gungsportfolios, Kauf und Verkauf von Beteiligungen, Koordinations-Syner-  
641 gien- bis zu Kooperations- und Innovationsmanagement)
- 642 – Beteiligungscontrolling, strategisch (Wert- und Risikomanagement) und ope-  
643 rativ (Berichtswesen, Managementinformationssysteme, Projektcontrolling)

644 Die Steuerung der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen bedarf einer  
645 klar gegliederten Organisationsstruktur. Beispiele aus anderen Städten (z.B. Of-  
646 fenbach, Hanau, Darmstadt) zeigen, dass eine strategische Management-Hol-  
647 ding in privater Rechtsform ein geeigneter Rahmen für ein zeitgemäßes Steue-  
648 rungsmodell sein kann.

649 Die Gründung einer zentralen Beteiligungsgesellschaft (zum Beispiel einer Hol-  
650 ding) der Stadt Mainz ist ein erklärtes Ziel der Koalition. Die Koalition wird hier-  
651 zu im Februar 2010 einen Antrag im Mainzer Stadtrat einbringen, der Gesell-  
652 schaftensform und Rechtsform definiert, dabei wird externer und unabhängiger  
653 Sachverstand eingebunden.

654 Bestehende Eigenbetriebe sind hinsichtlich ihrer Aufgabenwahrnehmung und -  
655 erfüllung zu überprüfen und gegebenenfalls in Gesellschaften mit beschränkter  
656 Haftung umzuwandeln und in die neue Struktur einzugliedern, soweit hierdurch  
657 den Gebührenzahlern und Arbeitnehmern keine Nachteile erwachsen. Die Koa-  
658 litionsparteien sind sich darin einig, dass mit der Gründung einer zentralen Be-  
659 teiligungsgesellschaft bestehende Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-  
660 nehmer zu schützen sind. Außerdem gelten die Vereinbarungen mit den Perso-

661 nalräten fort. Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen. Die Mitbe-  
662 stimmung wird sichergestellt.

663 Im operativen Bereich wird die Gesellschaft durch ein Kollegialorgan geführt,  
664 das einstimmige Entscheidungen herbeizuführen hat. Kann in dem Kollegialor-  
665 gan keine Einstimmigkeit hergestellt werden, so wird die Gesellschafterver-  
666 sammlung entscheiden. Es muss gewährleistet sein, dass alle wesentlichen Be-  
667 teiligungen in die Gesamtverantwortung der Stadt eingebunden sind. Dies be-  
668 dingt eine transparente und regelmäßige Darlegung der Geschäftstätigkeit ge-  
669 genüber dem Stadtrat.

670 Es soll eine kritische Überprüfung der Aufgabenwahrnehmung und -erfüllung für  
671 die städtischen Gesellschaften vorgenommen werden. Insbesondere im Bereich  
672 Projektentwicklung sind heute mehrere stadteigene und verbundene Gesell-  
673 schaften aktiv. Dies wird von den Koalitionspartnern nicht für sinnvoll erachtet.  
674 Es ist Ziel, im Wesentlichen drei Teilkonzerne bzw. -gesellschaften zu gründen,  
675 denen die nachfolgenden Unternehmen zugeordnet oder mit diesen verschmol-  
676 zen werden:

- 677 – Touristik/Tagungen/Kongresswesen/Veranstaltungen
- 678 – Stadtentwicklung/Wohnen/Bauen
- 679 – Energie/Wasser/Verkehr

680 Die städtische Gesellschaft übernimmt neben den genannten Schwerpunkten  
681 zentrale Dienstleistungen für die Gesellschaften. Auch die Einzelgesellschaften  
682 bieten im Konzern Dienstleistungen entsprechend ihrer Kernkompetenzen an.  
683 Ebenso wird ein gemeinsames Cash-Pooling angestrebt.

684 Es soll eine Überprüfung aller Unternehmen mit städtischer Beteiligung hinsicht-  
685 lich der rechtlichen Vereinbarkeit der Rechtsform, Gesellschaftsverträge und  
686 Geschäftsanweisungen mit den vorgenannten Zielen der Beteiligungsgesell-  
687 schaft der Stadt Mainz erfolgen. Sollte die Prüfung ergeben, dass eine andere  
688 Rechtsform im Sinne der oben formulierten Ziele geeigneter ist, so wird die  
689 Rechtsform entsprechend geändert.

690 Für die kommunalen Gesellschaften ist ein verbindlicher Kodex zur Unterneh-  
691 mensführung einzuführen. Die Koalitionsparteien sind sich daher einig, dass ein  
692 Public Corporate Governance Kodex verbindlich als Leitfaden für die Beteili-  
693 gungssteuerung zu entwickeln ist. Die Grundsätze guter öffentlicher Unterneh-  
694 mensführung, die die Bundesregierung am 1. Juli 2009 für Bundesbeteiligungen  
695 verabschiedet hat, werden sinngemäß übernommen. Bei einer Management-

696 Holding wäre eine entsprechende Regelüberwachung sicherzustellen (Compli-  
697 ance-Management).

698 Aus Mitgliedern der Koalitionsfraktionen und Experten wird ein Lenkungsaus-  
699 schuss eingesetzt, der die Umsetzung der Beteiligungsgesellschaft der Stadt  
700 Mainz begleitet. Die Koalitionäre werden in der Sitzung des Stadtrates im Feb-  
701 ruar 2010 einen Antrag einreichen, mit dem die Beteiligungsgesellschaft der  
702 Stadt Mainz gegründet wird und in dem die Geschäftsführung der Gesellschaft  
703 benannt wird.

704 Es wird angestrebt die Neuaufstellung der Beteiligungen bis zum 31.12.2010  
705 abzuschließen.

### 706 **3. Wirtschaft**

707 Wir werden den Wirtschaftsstandort Mainz stärken und die Rahmenbedingun-  
708 gen für ein positives Ansiedlungsklima schaffen. Der Sicherung bestehender  
709 und der Generierung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze kommt hierbei eine  
710 besondere Bedeutung zu. Da mittelständische Unternehmen im Verhältnis die  
711 meisten Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze schaffen, gilt ein besonderes Au-  
712 genmerk den kleinen und mittleren Unternehmen. Selbständigkeit fördern, Un-  
713 ternehmergeist stärken, Gründungen erleichtern - dies sind die erklärten Ziele.  
714 Jede nachhaltige Gründung schafft Arbeitsplätze.

#### 715 **3.1 Einzelhandel**

716 Die Attraktivität der Innenstadt muss gestärkt und weiterentwickelt werden -  
717 Mainz muss herausragender Einzelhandelsstandort in der Region bleiben. Die  
718 wohnungsnaher Versorgung der Menschen, insbesondere mit Gütern des tägli-  
719 chen Bedarfs, sowie die Stärkung der City als Oberzentrum für die gesamte  
720 Region besitzen Priorität. Durch stadtentwicklungspolitische und planungsrecht-  
721 liche Vorgaben muss Fehlentwicklungen entgegenwirkt werden. Die Achsen  
722 Ludwigsstraße, Brandzentrum und City-Meile müssen als Tripol gestärkt wer-  
723 den. Insbesondere die Aufwertung der Ludwigsstraße mit einem Kaufhaus-  
724 standort - auch unter Einbeziehung privater Investoren - ist hierbei in den Vor-  
725 dergrund zu stellen. Aber auch der Münsterplatz und die Große Langgasse  
726 müssen attraktiver und verstärkt in die Planungen einbezogen werden. Eine gu-  
727 te Erreichbarkeit durch einen preiswerten ÖPNV und bezahlbares Parken (Ra-  
728 battaktion mit Einzelhandel) sind sicherzustellen. Zur Erhaltung der Attraktivität  
729 von Mainz als Einkaufsstadt soll grundsätzlich der Bestand inhabergeführter

730 Geschäfte im Einzelhandel gesichert und gefördert werden. Die Stadtmarke-  
731 tingaktivitäten für die Attraktivität der Innenstadt wird weiter ausgebaut. Mainz  
732 will insgesamt seine Position als Oberzentrum in der Region erhalten und aus-  
733 bauen.

### 734 **3.2 Gewerbeflächen**

735 Gewerbeflächen sind für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Mainz uner-  
736 lässlich. Bestehende Gewerbeflächen sind vorrangig zu vermarkten. Die aus-  
737 gewiesenen Flächen müssen auf ein potientiellles Arbeitsplatzangebot und einen  
738 gesunden Mix aus zukunftsfähigen, innovativen Unternehmen hin ausgerichtet  
739 und vermarktet werden. Der Bedarf von bereits bestehenden Betrieben, die ei-  
740 ne Ausweitung ihres Flächenbedarfs benötigen, um am Standort Mainz zu blei-  
741 ben, ist vorrangig zu behandeln. Ferner besteht gesteigertes Interesse an der  
742 Ansiedlung von innovativen und zukunftsfähigen Unternehmen. Gleichzeitig gilt  
743 es, die bestehenden Unternehmen am Standort zu halten. Die Entwicklung der  
744 Ingelheimer Aue steht hinsichtlich Ansiedlung und Verwertung im Fokus der Öff-  
745 fentlichkeit. Wichtig ist das Gewerbegebiet in Hechtsheim, dessen Vermarktung  
746 intensiv vorangetrieben werden wird. Daher wird die Ansiedlung eines Möbel-  
747 hauses als Impuls für weitere Ansiedlungen im Gewerbegebiet begrüßt. Vorrang  
748 haben hier kleine gewerbliche Unternehmen, so dass Einzelhandel auf maximal  
749 einem Sechstel der zu vermarktenden Fläche des Wirtschaftsparks zugelassen  
750 wird.

751 Am Ziel des Zentrenkonzepts, das Innenstadt und Ortskerne stärken und schüt-  
752 zen will, wird ausdrücklich festgehalten. Die Koalitionspartner sind sich einig,  
753 dass rechtssicher ein Weg zu finden ist, wie ein Frequenzbringer im Wirt-  
754 schaftspark Hechtsheim hinzukommen kann, ohne dass das Zentrenkonzept  
755 gefährdet wird.

756 Es soll am Standort Ingelheimer Aue darauf geachtet werden, dass mögliche  
757 Einschränkungen für bestehendes oder ansiedlungswilliges Gewerbe durch  
758 Wohnbebauung vermieden wird. Die Entwicklung des Wohngebietes am Zoll-  
759 und Binnenhafen ist so zu steuern, dass der Bestand und die Entwicklungsmög-  
760 lichkeiten der Betriebe im einzigen Industriegebiet unserer Stadt gewährleistet  
761 bleiben. Die Bestandspflege und die positive planerische Begleitung der am  
762 Standort vorhandenen Unternehmen und Arbeitsplätze haben einen besonde-  
763 ren Stellenwert.

### 3.3 Tourismus, Hotel- und Gastgewerbe

Das Potenzial, das Mainz in touristischer Hinsicht bietet, muss noch stärker hervorgehoben und vermarktet werden. Dies ist wichtig für die Imagepflege und Teil des Standortmarketings.

Mainz liegt an einer der bedeutendsten Fernradverbindungen Europas. Die Attraktivität dieses Fernradwanderweges muss durch bessere Ausweisung und Erhöhung der Standards gesteigert werden. Mittelfristig wird eine Servicestation am Europaradwanderweg (Rhein) geschaffen.

Barrierefreier Tourismus ist hier ein wichtiger Aspekt. Das betrifft das gesamte umfangreiche Kulturangebot; von der Fastnacht und dem Kongresswesen bis hin zur Weinhauptstadt Deutschlands (Great-Wine-Capital).

Für das Kongresswesen ist wichtig, eine Marketing-Kooperation zu schaffen, die eine ganzheitliche und zielgerichtete Vermarktung der Stadt als Kongress- und Messestandort realisiert. Ziel ist die Konzentration, Stärkung, Förderung und Weiterentwicklung der vorhandenen Einrichtungen durch geeignete, der jeweiligen Örtlichkeit angemessene Nutzungen. Das Schloss ist nach Auszug des RGZM als historischer Kongressstandort zu stärken.

### 3.4 Medien, Gesundheitsbranche, Forschung und Entwicklung

Diese Wirtschaftszweige brauchen in Mainz besondere Aufmerksamkeit. Auf diesen Bereichen gründet das wirtschaftliche Wachstum unserer Stadt. Die Dienstleistungen für Menschen und Unternehmen sind in der Region beispielhaft. Diese Vorrangstellung muss erhalten und weiterentwickelt werden. Beispielhaft für dieses Vorhaben ist die Bewerbung zur „Wissenschaftsstadt“. Der Titel bietet eine gute Voraussetzung, um Spitzenarbeitskräfte zu akquirieren.

Die Entwicklung und Schaffung eines Innovations- und Technologiezentrums im Netzwerk von Universität, Fachhochschule und Unternehmen ist eine wichtige Grundlage zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Hierbei ist ein Branchen- und Nutzungsmix anzustreben. Außerdem ist zu prüfen, ob ein Modell als Public Privat Partnership (PPP) in Frage kommt, insbesondere unter Einbeziehung etablierter regionaler Unternehmen. Der Aufbau eines Wissenschaftsparks auf Flächen für hochschulnahes Gewerbe wird angestrebt.

Anstrengungen des Landes zur Stärkung des Medien/IT-Standortes Mainz werden durch die Stadt unterstützt. Dies gilt insbesondere für die Bereiche, Ausbildung, Forschung und Lehre und die mögliche Clusterbildung Medien/IT in

798 Mainz. In die bestehende Netzwerkbildung in den entsprechenden Clustern ist  
799 auch die Kreativwirtschaft mit einzubeziehen. Sie hat ein großes Wachstumspo-  
800 tenzial am Hochschul- und Medienstandort Mainz. Diesen Standortvorteil gilt es  
801 zu sichern und weiter zu fördern. Initiativen der Verwaltung zur Unterstützung  
802 und Förderung dieser Unternehmen sollen weiterhin erfolgen. Insbesondere die  
803 Vernetzung der unternehmerischen Entscheider soll gefördert werden.

### 804 **3.5 Investorenleitstelle**

805 Wir werden eine Investorenleitstelle einrichten. Dadurch wird ein zentraler An-  
806 sprechpartner verwaltungsintern verschiedene Anfragen klären. Durch die Ein-  
807 richtung dieser Stelle wird der Service der Verwaltung deutlich aufgewertet. Die  
808 Bestandspflege der ansässigen Unternehmen muss im Hinblick auf ein gut  
809 funktionierendes Kontakt- und Frühwarnsystem intensiv betrieben werden. Ent-  
810 sprechende Rahmenbedingung zur Wahrnehmung der Aufgaben sind zu schaf-  
811 fen.

## 812 **4. Verwaltung und regionale Zusammenarbeit**

### 813 **4.1 Verwaltung**

814 Aufgrund der Haushaltslage der Stadt besteht zwischen den Koalitionspartnern  
815 Einvernehmen darüber, dass auch die Organisation der Stadtverwaltung auf  
816 den Prüfstand gestellt werden muss. Im Rahmen einer konsequenten Aufga-  
817 benüberprüfung müssen organisatorische Lösungen gefunden werden, denn  
818 bereits heute sind zahlreiche Bereiche in der Verwaltung einer erheblichen Ar-  
819 beitsverdichtung ausgesetzt, die sich in Überlastungsanzeigen äußern. Hier be-  
820 steht Reformbedarf. Im Rahmen einer Neustrukturierung der Verwaltung soll die  
821 Leistungsfähigkeit gesteigert und die Effizienz erhöht werden. Dem Dienstleis-  
822 tungsgedanken kommt eine besondere Rolle zu.

823 Die Koalitionspartner verständigen sich daher auf die Bildung eines Lenkungs-  
824 kreises. Dieser Lenkungskreis definiert zunächst den Ist-Stand der vorhande-  
825 nen Aufgaben, ihren Umfang und ihre Standards sowie die Organisationsstruk-  
826 tur und Arbeitsabläufe und unterzieht diese dann einer umfassenden Prüfung.  
827 Die Koalitionspartner sind sich darin einig, dass auch im Zusammenhang mit  
828 diesem Prozess keine betriebsbedingten Beendigungskündigungen ausgespro-  
829 chen werden.

830 Zur Unterhaltung und zur Finanzierung öffentlicher Gebäude sollen künftig auch

831 PPP-Projekte in Betracht gezogen werden. Leistungen sollen nicht zwangsläufig  
832 bei der Verwaltung vorgehalten werden, sondern, wenn sinnvoll und möglich,  
833 auch an private Dritte vergeben werden (Bsp. Bauplanungen). Zugleich ist auch  
834 zu prüfen, ob eine Rekommunalisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge  
835 sinnvoll und möglich ist. Im Rahmen von Ausschreibungen sollen ansässige Un-  
836 ternehmen verstärkt berücksichtigt werden, sofern dies vergaberechtlich mög-  
837 lich ist. Es wird geprüft, ob soziale Vergabekriterien eingeführt werden können.  
838 Eine Verwaltungsmodernisierung soll unter Sicherstellung der notwendigen  
839 Ressourcen und einem stärkeren Einsatz von Informationstechnologie erfolgen.  
840 Bürokratieabbau soll Vorhaben erleichtern, Verfahren vereinfachen und Rechts-  
841 sicherheit stärken. Die bestehenden Satzungen sind auf ihre Aktualität zu über-  
842 prüfen. Bürgerschaftliches und unternehmerisches Engagement sollten genau-  
843 so gefördert werden wie Transparenz und Akzeptanz.

#### 844 **4.2 Regionale Zusammenarbeit**

845 Die Stadt Mainz stellt über ihre unmittelbar benachbarten Gebietskörper-  
846 schaften hinaus wesentliche oberzentrale Leistungen für die Bevölkerung der  
847 gesamten Region zur Verfügung. Die Leistungspalette der Landeshauptstadt  
848 umfasst den ÖPNV ebenso wie beispielsweise zentrale Sporteinrichtungen, re-  
849 gionale Schulzentren und überregionale Kulturangebote. Auch versorgen die  
850 Stadtwerke Mainz weit über die Grenzen der Stadt hinaus die Bevölkerung mit  
851 Energie und Wärme.

852 Trotz dieses vielfältigen Leistungsaustauschs fehlt es an "organisatorischen  
853 Klammern", die diesen Leistungsaustausch zwischen der Stadt Mainz und ihren  
854 regionalen Nachbarn unter Berücksichtigung eines gerechten Interessenaus-  
855 gleichs auf Dauer gewährleisten oder sogar intensivieren können. Was die Ü-  
856 berplanung, Entwicklung und Erschließung von Wohn- und Gewerbegebieten  
857 im engeren Radius diesseits und jenseits der Stadtgrenze anbelangt, gibt es  
858 neben der Planungsgemeinschaft Rheinhessen/Nahe keine tauglichen Instru-  
859 mente, gemeinsame Planungsinteressen voranzutreiben und zu realisieren.

860 Vor diesem Hintergrund erscheint es geboten, eine engere Kooperation zwi-  
861 schen den Landeshauptstädten Mainz und Wiesbaden und ihren benachbarten  
862 Gebietskörperschaften (linksrheinisch: Landkreise Mainz-Bingen und Alzey-  
863 Worms) sowie den unmittelbar benachbarten kreisangehörigen Gebietskörper-  
864 schaften im Landkreis Mainz-Bingen anzustreben.

865 Unter Berücksichtigung der Leistungspalette der Landeshauptstadt ist zu prü-  
866 fen, ob und mit welcher konkreten Zweckbestimmung beispielsweise ein ge-

867 meinsam von der Landeshauptstadt und ihren kommunalen Nachbarn zu bil-  
868 dender Zweckverband in eigener Verantwortung ober-zentrale Leistungen in  
869 den Bereichen Sport, Kultur- und Bildungsarbeit, Öffentlicher Personennahver-  
870 kehr und ggfs. der Ver- und Entsorgungsleistungen eigenverantwortlich erbringt.

871 Darüber hinaus sollte die Bildung eines gemeinsamen Planungs-Zweckverban-  
872 des zwischen der Stadt Mainz und ihren unmittelbar benachbarten Gebietskör-  
873 perschaften geprüft werden. Zweck eines solchen Verbandes ist es, in Zukunft  
874 sämtliche im engeren Radius diesseits und jenseits der Stadtgrenze liegenden  
875 Grundstücke gemeinsam zu überplanen und zu erschließen, soweit es um neue  
876 Wohn- und Gewerbegebiete geht.

877 Auch die regionale Kooperation im Rhein-Main-Gebiet und in Rheinhessen soll  
878 verstärkt werden. Beispielsweise wird angestrebt, die in der Region bestehen-  
879 den Zentrenkonzepte um ein Regionalkonzept zu ergänzen.

## 880 **5. Energie**

### 881 **5.1 Beendigung des Kohlekraftwerks-Projekts**

882 Die Parteien sind sich einig, dass das Projekt „Kohleheizkraftwerk Ingelheimer  
883 Aue“ beendet ist. Es herrscht Konsens über folgende Punkte:

- 884 – Die Koalitionspartner stehen zur kommunalen Energieversorgung, bei der  
885 die Ingelheimer Aue weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird. Daher wer-  
886 den die Koalitionspartner einer möglichen Veräußerung des Geländes mit  
887 dem Ziel, ein Kohlekraftwerk zu errichten, ablehnen. Vorhandene oder wei-  
888 tere Genehmigungen sollen ebenfalls nicht veräußert werden.
- 889 – Die Koalitionsparteien werden weder im Stadtrat noch in den Ausschüssen  
890 einen Beschluss vorbereiten, fassen oder einem solchen zustimmen, nach  
891 dem der KMW AG zur Finanzierung des Projektes in irgendeiner Form  
892 Bürgschaften, Kredite oder Finanzhilfen in anderer Form zur Verfügung ge-  
893 stellt werden. Gleiches wünscht sich die Koalition von den beteiligten Unter-  
894 nehmen.
- 895 – Die Koalitionspartner erwarten, dass die KMW AG keine weiteren Ausgaben  
896 für die weitere Planung des Projekts Kohlekraftwerk tätigt. Wir erwarten an-  
897 gesichts der nunmehr fehlenden politischen Unterstützung, dass die KMW  
898 AG das Projekt Kohlekraftwerk und das damit verbundene Genehmigungs-  
899 verfahren beendet.

## 5.2 Erneuerbare Energien

Die Koalition hält an der Einhaltung der Ziele des Klima-Bündnisses der Städte fest. Insbesondere sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen alle fünf Jahre um zehn Prozent sinken und bis 2030 halbiert werden. Langfristig sollen die Emissionen auf zweieinhalb Tonnen pro Einwohner und Jahr reduziert werden. Als Ziel wird daher angestrebt, bis 2020 den Anteil der regional erzeugten Erneuerbaren Energien im Strombereich auf mindestens dreißig Prozent zu erhöhen. Die Zielvereinbarung mit dem Vorstand der Stadtwerke Mainz (SWM) ist entsprechend anzupassen. Anlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, welche die SWM oder eine ihrer Beteiligungsunternehmen außerhalb von Mainz errichten und betreiben, werden bei der Überprüfung der Zielerreichung angerechnet. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die auf dem Gebiet der Stadt Mainz vorhandenen Potenziale der Erneuerbaren Energien konsequent genutzt werden. Dabei setzt die Koalition insbesondere auf das Engagement der Stadtwerke bzw. des „Konzerns Stadt“. Um die Voraussetzungen zur konsequenten Nutzung erneuerbarer Energien-Potenziale (Sonne, Wind, Biomasse, Geothermie) zu schaffen, werden geeignete Flächen im Stadtgebiet in Bebauungsplänen und im Flächennutzungsplan festgelegt. Für alle Neubaugebiete gilt, dass die Gebäude mit Blick auf eine effiziente Nutzung der Solarenergie auszurichten sind. Dies ist in Bebauungsplänen festzuhalten. Im Rahmen des gemeinsamen Einsatzes der Koalition für den Ausbau regenerativer Energien sollen im Abwägungsprozess unterschiedlicher Individualrechte und Interessenslagen Berücksichtigung finden.

Die Koalition strebt den Ausbau regenerativer Energien, insbesondere der Solarthermie- und Photovoltaiknutzung im Stadtgebiet von Mainz an. Hierzu wird ein öffentliches Hearing veranstaltet; Ziel ist es, geeignete Instrumentarien der Umsetzung zu entwickeln. Bei neuen, öffentlichen Bauvorhaben wird ein Optimum der Nutzung von erneuerbaren Energien umgesetzt. Bei neuen Bauvorhaben der Stadt bzw. von städtischen Tochterfirmen wird die Solarenergie konsequent genutzt. Dies gilt sowohl für Solarthermie als auch für Photovoltaik. Wir wollen, dass alle geeigneten Dächer im Besitz der Stadt Mainz oder von städtischen Tochterfirmen zügig zur Solarenergie-Gewinnung genutzt werden. Wenn dies nicht durch die Stadt oder stadtnahe Gesellschaften passieren kann (beispielsweise mangels Kapital), dann gegebenenfalls durch Dritte. Bürgerbeteiligungen (Bürger-Solar-Projekt) werden durch die Stadt unterstützt. Es ist zu prüfen inwieweit auf städtischen Flächen, großflächige Photovoltaik-Anlage installiert werden können (z.B. Messegelände). Wenn nötig, ist die Baurechtssituation entsprechend anzupassen. Bereits versiegelte Flächen, wie z.B. größere Parkplätze, sollen mit Solar-Carports gleichzeitig zur Solarenergiegewinnung genutzt werden. Die Nutzung von Photovoltaik auf Parkplätzen soll baurechtlich

ermöglicht werden. Hierzu wird bei Bedarf auch das Anpflanzungskonzept unter Berücksichtigung der Ausgleichsmaßnahmen angepasst. Elektro-Mobilität ist nur dann klimafreundlich, wenn der Strom aus erneuerbaren Energien stammt. Solar-Carports lassen sich mittel- bis langfristig auch in Konzepte der Elektro-Mobilität (Stichwort Elektro-Tankstelle) integrieren. Ein Solarpark Layenhof soll aktiv entwickelt werden. Aufbauend auf dem Mainzer Solardachkataster wird ein Internet- und Beratungsangebot erstellt, das Angebot und Nachfrage zusammenbringt (vgl. Wiesbaden).

Die Koalition unterstützt den Ausbau der Windenergie auf geeigneten Flächen innerhalb der Mainzer Stadtgrenzen. Um dies zu ermöglichen, werden windhöfliche, genehmigungsfähige Flächen im Flächennutzungsplan als Vorrangflächen für Windenergie ausgewiesen. Ein im Jahr 2008 im Auftrag der Stadt Mainz erstellter Biomassemasterplan (erstellt durch das IfaS-Institut des Umwelt-Campus Birkenfeld) stellt fest, dass in der Stadt Mainz jährlich ein Heizwert von ca. 200.000 MWh (ca. 4% des Primärenergiebedarfs) ersetzt werden kann. Diese Biomassepotenziale sollen innerhalb der Wahlperiode aktiviert werden. Hierzu wird ein abgestimmter Zeitplan für die Planung und Umsetzung von Projekten erstellt. Sobald der Vertrag zur Nutzung des Bioabfalls im Kompostwerk Essenheim ausläuft, soll der Mainzer Bioabfall in einem kommunal betriebenen Bioenergie-Kraftwerk energetisch genutzt werden. Bei neuen Heizungsanlagen streben wir den verstärkten Einsatz von Bioenergieheizungen an (Holzhackschnitzel, Holzpellets, Biogas), möglichst in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK).

### 5.3 Umweltberatung und Umweltbildung

Informationsangebote der Umwelt- und Verbraucherberatung sollen intensiviert und gebündelt werden. Dadurch soll auch der Klimaschutz akzentuiert werden. Diese Organisationseinheit soll unter anderem die konsequente Umsetzung des Energiekonzepts 2005 – 2015 mitbetreuen. Das Umweltbildungszentrum soll bei seinem Umzug in den Weisenauer Steinbruch zu einem Klimaschutzzentrum ausgebaut werden. Neben Angeboten für Kindergartengruppen und Schulklassen soll dort auch die Erwachsenenbildung ermöglicht werden.

### 5.4 Nah- und Fernwärme

Die bestehende Fernwärmeversorgung für Mainz soll erhalten werden. Die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW) werden aufgefordert, ein nachhaltiges Konzept zum Erhalt und Ausbau der Fernwärme zu entwickeln. Die Zahl der Nahwärmenetze (Block-Heiz-Kraftwerke an verschiedenen Standorten unter Nutzung der Bezuschussung von Kraft-Wärme-Kopplung) mit unterschiedlichen

975 Energieträgern (Holz, Grünschnitt, Biogas, Deponiegas, Klärschlamm, Gas) soll  
976 deutlich erhöht werden. Es ist Ziel der Koalition, dass die dezentrale KWK in  
977 Mainz verstärkt ausgebaut wird. Wir werden daher in den Gremien der stadtna-  
978 hen Gesellschaften (primär der Stadtwerke) darauf hinwirken, dass die KWK als  
979 Geschäftsfeld entwickelt wird. Dort, wo es sinnvoll und wirtschaftlich ist, soll  
980 Nahwärmeversorgung mit Blockheizkraftwerken auf kommunaler Ebene instal-  
981 liert und in Bebauungsplänen festgeschrieben werden.

## 982 **5.5 Energieeffizienz**

983 Aus sowohl wirtschaftlichen als auch klimapolitischen Gründen streben wir an,  
984 alle städtischen Gebäude schrittweise energetisch zu sanieren. Bei der Finan-  
985 zierung sind - wenn nötig - auch Contracting-Modelle, insbesondere mit den  
986 Stadtwerken, umzusetzen. Die Ausweisung von neuen Baugebieten wird nach  
987 Standard der geplanten EnEV 2011 erfolgen. Privathaushalten soll durch Bera-  
988 tung und Förderung, zum Beispiel durch die Stiftung Klimaschutz und Energie-  
989 effizienz, Anreize gegeben werden, Altbauten energetisch zu sanieren. Dies  
990 wird (wo möglich) auch mit Vorhabens- und Erschließungsplänen umgesetzt.  
991 Bei Neuanschaffungen von PKW für den städtischen Fuhrpark wird angestrebt,  
992 dass der Flottenverbrauch die EU-Klimakriterien von 120g CO<sub>2</sub> pro km einhält.

## 993 **6. Umwelt und Verkehr**

### 994 **6.1 Umwelt**

995 Bei besonders bedeutsamen umweltrelevanten Projekten soll grundsätzlich  
996 vom Instrument der erweiterten Bürgerbeteiligung Gebrauch gemacht werden.

997 Im Rahmen zukünftiger Bebauung geht die Innen- der Außenverdichtung vor.  
998 Dabei ist einer Verdichtung in bestehender Bebauung Vorrang vor einem neuen  
999 Flächenverbrauch einzuräumen. Die bestehenden sogenannten 28er-Flächen  
1000 auf dem Layenhof sollen von Beeinträchtigungen freigehalten werden. Die  
1001 Grünflächen und Parkanlagen in der Stadt sollen erhalten bleiben. Die beste-  
1002 henden Programme der Grünpflegekonzeption und die Grünflächensanierungs-  
1003 programme werden fortgeführt. Geschützte Landschaften dürfen weder zu  
1004 Baugebieten umgewandelt noch für Einzelbebauungen freigegeben werden.  
1005 Überall dort, wo im öffentlichen Raum ein Baum gefällt wird, muss in engen  
1006 räumlichen Zusammenhang ein neuer Baum gepflanzt werden.

1007 Wir begrüßen die geplante Entsiegelung des ehemaligen Messegeländes im

1008 Mainzer Volkspark. Die von der Verwaltung vorgestellten "Perspektiven" für den  
1009 Volkspark werden aufgrund der Haushaltssituation nicht weiter verfolgt. Nach  
1010 Entsiegelung des betreffenden Areals erfolgt eine einfache Begrünung. Alle wei-  
1011 teren Maßnahmen sollen in enger Abstimmung mit interessierten Bürgerinnen,  
1012 Bürgern und Institutionen vorgenommen werden. Der Volkspark soll für den  
1013 Radverkehr freigegeben werden.

1014 Die Koalition unterstützt bei der Verpachtung städtischer landwirtschaftlicher  
1015 Flächen den ökologischen Anbau.

1016 Die Stadt Mainz wird weiterhin alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um  
1017 einen Ausbau des Frankfurter Flughafens zu verhindern und die Umsetzung ei-  
1018 nes konsequenten Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr zu erreichen. Hierzu be-  
1019 teilt sich die Stadt unter anderem an der Klage vor dem Bundesverwaltungs-  
1020 gericht (BVG). Außerdem setzt sich die Stadt Mainz bei der Fraport für eine  
1021 konsequente Umsetzung der optimierten An- und Abflugverfahren ein, insbe-  
1022 sondere das „Simulated Approach Verfahren“. Am Finther Flugplatz setzen  
1023 wir uns für lärmoptimierte Anflugverfahren durch bessere Ausnutzung der Lan-  
1024 debahn und weitgehendes Überflugverbot über Wohngebiete sowie des Naher-  
1025 holungsgebietes Ober-Olmer Wald ein.

1026 Wir unterstützen die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-  
1027 WRRL) mit dem Ziel, bis 2015 einen guten Zustand der Gewässer zu erreichen.

## 1028 **6.2 Verkehr**

1029 Eine zukunftsweisende Verkehrspolitik für die Stadt Mainz muss neben der Be-  
1030 rücksichtigung des motorisierten Individualverkehrs vorrangig auch den Ausbau  
1031 des ÖPNV betreiben, um die Umweltsituation zu verbessern. Dadurch würden  
1032 Verlagerungseffekte vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV erzielt  
1033 und endlich der Umweltverbund gestärkt.

1034 Bei allen Stadtentwicklungsprojekten und großen Ansiedlungsvorhaben müssen  
1035 die verkehrlichen Auswirkungen und notwendigen Maßnahmen im Sinne einer  
1036 integrierten Verkehrsplanung ausreichend berücksichtigt werden. Die Planun-  
1037 gen der Verwaltung für Bahnhofstraße, Münsterplatz und Große Langgasse  
1038 werden unterstützt. Stadtentwicklung und Verkehrspolitik sind untrennbar ver-  
1039 bunden. Daher ist eine langfristige Stadtentwicklung unter der Prämisse der  
1040 Vermeidung des Durchgangsverkehrs in der Innenstadt unter Einrichtung eines  
1041 optimierten Parkleitsystems an den Hauptzufahrtsstraßen nach Mainz zu be-  
1042 rücksichtigen. Mittelfristig ist die Reduzierung des motorisierten Individualver-

1043 kehr in der Gaustraße und der Boppstraße zur Steigerung der Attraktivität der  
1044 Quartiere zu prüfen. Im Bereich Schöffersstraße / Johannisstraße wird eine Er-  
1045weiterung der Fußgängerzone geprüft werden. Die Koalition strebt an, die Hal-  
1046testelle Rheingoldhalle/Rathaus umzugestalten, um einen attraktiven Zugang  
1047 zum Brandzentrum zu erhalten.

1048 Der Parkraum in der Innenstadt muss im Interesse der Anwohner, Kunden und  
1049 Besucher konsequent bewirtschaftet werden. Nach der Schaffung neuer Park-  
1050möglichkeiten in der südlichen Altstadt und im Bleichenviertel sind neue Stell-  
1051plätze lediglich im Zusammenhang mit neuen Nutzungen notwendig. Das Park-  
1052leitsystem wird zur Verringerung des Parksuchverkehrs optimiert. Die PMG  
1053erhält den Auftrag, die Attraktivität ihres Angebotes zur Verbesserung der Aus-  
1054lastung zu überprüfen. Das betrifft die Themen Abendpauschale, Nachtparktarife,  
1055erweiterte Angebote für Anwohner und spezielle Gruppen (z.B. im neuen  
1056Parkhaus Altstadt). Das Bewohnerparken wird in stark mit Fremdparkern be-  
1057lasteten Bereichen auf Basis einer Untersuchung der Verkehrsverwaltung, aus  
1058der die entsprechende Notwendigkeit hervorgeht, ausgeweitet.

1059 Zur Verringerung des Lieferverkehrs in der Innenstadt wird eine Bündelung der  
1060Liefervorgänge, z.B. durch eine zentrale Sammlung und Verteilung mit einem  
1061Verteilzentrum am Innenstadtrand (Citylogistik), angestrebt. Zur Vermeidung  
1062von Schwerlastdurchgangsverkehr in Mainz und zur Verringerung des Schwer-  
1063lastverkehrs insgesamt werden Verkehrsbeschränkungen (z.B. Sperrung  
1064Rheinallee im Bereich Neustadt nach Verlagerung des Containerterminals) um-  
1065gesetzt. Größere Verlagerungen des Verkehrs innerhalb der Stadt sind dabei zu  
1066vermeiden. Es besteht Einigkeit über die Notwendigkeit einer Verstärkung der  
1067Verkehrsüberwachung im fließenden Verkehr an verkehrlich problematischen  
1068Stellen (z. B. vor Kindergärten und Schulen).

1069 Die Stadt Mainz als Landeshauptstadt und Oberzentrum braucht auch in Zu-  
1070kunft eine hervorragende Verkehrsanbindung auf der Schiene. Eine gute Be-  
1071dienung im Fernverkehr (IC und ICE) durch die DB muss auf Dauer gewährleis-  
1072tet werden; eine weitere Ausdünnung darf nicht erfolgen. Notwendig ist eine  
1073Stärkung der Verbindung nach Frankfurt und zum Flughafen in Takt und Qualität  
1074über die S-Bahn hinaus. Ein guter Nahverkehr in der Stadt und eine Anbindung  
1075an das weitere Rhein-Main-Gebiet sowie das rheinhessische Umland sind ent-  
1076scheidend für die Attraktivität der Stadt Mainz als Oberzentrum. Nach der Schaf-  
1077fung des Verkehrsverbundes Rheinhessen-Nahe (RNN) ist eine weitere Ver-  
1078besserung der Stadt-Umlandbeziehungen durch eine Kooperation der Unter-  
1079nehmen erforderlich. Der Neubau einer Straßenbahnstrecke Hauptbahn-  
1080hof/West – Universität – Stadion/Fachhochschule – Bretzenheim - Marienborn –

1081 Lerchenberg wird derzeit untersucht und soll bei positivem Ergebnis der stan-  
1082 dardisierten Bewertung und Förderung angestrebt werden. Als weitere Netzer-  
1083 gänzungen sollen die Anbindung Quartier Zollhafen vom Bismarckplatz sowie  
1084 die Verbindung Hauptbahnhof/West zum Schillerplatz (Direktanbindung Univer-  
1085 sität/Innenstadt) untersucht werden. Der Ausbau der Straßenbahn muss im Ein-  
1086 klang mit einer Stärkung der Stadtumlandverkehrs stehen, hier bestehen erheb-  
1087 liche Potenziale für den ÖV. Problemstellen im Busnetz, z. B. durch Busspuren  
1088 an Zuläufen zu Knotenpunkten (z. B. Pariser Tor, Saarstraße, Theodor-Heuss-  
1089 Brücke) müssen beseitigt werden; gegebenenfalls sind die Verkehrsflächen neu  
1090 zu ordnen (z.B. Holzhofstraße). Die Umsteigemöglichkeiten zwischen örtlichem  
1091 und regionalem ÖV (z.B. Kreisel Mainz-Kastel, Bahnhof Schott Glaswerk) und  
1092 innerhalb des örtlichen ÖV (z.B. Pariser Tor) sollen durch attraktive Umsteige-  
1093 anlagen verbessert werden. Haltestellen und deren Zuwege müssen weiter be-  
1094 hindertengerecht (barrierefrei) ausgebaut werden. Diese Bushaltestellen sind  
1095 vorrangig als Fahrbahnrandhaltestellen oder Buscaps einzurichten. Durch nach-  
1096 haltige Beschleunigungen an Lichtzeichenanlagen zur Reduzierung der Verlust-  
1097 zeiten soll der ÖPNV attraktiver werden. Dies könnte mithilfe neuer technischer  
1098 Systeme (Verkehrsrechner, ITCS) realisiert werden. Ziel sind störungsfreie  
1099 Fahrwege; gerade bei Großveranstaltungen. Die Führung des Busverkehrs  
1100 über die Ludwigsstraße ist Teil einer optimalen Erschließung der Innenstadt mit  
1101 dem ÖPNV und einer störungsfreien Führung von der Universität bis zur Theo-  
1102 dor-Heuss-Brücke. Von der weitgehenden Trennung profitieren ÖPNV und Indi-  
1103 vidualverkehr gleichermaßen. In der Ludwigsstraße ist eine Reorganisation der  
1104 Haltestellen im Zusammenhang mit einer baulichen Entwicklung anzustreben.  
1105 Die Zahl der Eingriffe in den Linienverkehr auf den Hauptachsen (u. a. Lud-  
1106 wigsstraße) durch Veranstaltungen sollte im Interesse der Fahrgäste begrenzt  
1107 bleiben auf die traditionellen Großveranstaltungen und die für deren Durchfüh-  
1108 rung unbedingt erforderlichen Zeiträume. Im ÖPNV sollen umweltfreundliche  
1109 alternative Antriebstechnologien erprobt werden. Ergänzende Maßnahmen, die  
1110 den ÖPNV indirekt oder den Umweltverbund fördern (z.B. Car-sharing), werden  
1111 unterstützt.

1112 Das Radverkehrsnetz muss Schritt für Schritt weiter ausgebaut werden, um die  
1113 Attraktivität des umweltfreundlichsten Verkehrsmittels weiter zu verbessern. Für  
1114 die Sanierung vorhandener Radwege und Lückenschlüsse wird die erfolgte Er-  
1115 höhung der Mittel für Kleinmaßnahmen dauerhaft beibehalten. Die Funktion ei-  
1116 nes Fahrradbeauftragten im bisherigen Umfang bleibt bei der Stadtverwaltung  
1117 erhalten. Eine Verbesserung der Situation bei den Fahrradabstellplätzen, insbe-  
1118 sondere am Hauptbahnhof und am Dom, ist erforderlich und wird angestrebt.  
1119 Der Aufbau des vom Bundesverkehrsministerium geförderten, in den ÖPNV in-

1120 tegrierten Fahrradverleihsystems wird unterstützt. Bei unsicheren Radwegen,  
1121 Radwegen in schlechtem baulichen Zustand sowie Radwegen, die der Straßen-  
1122 verkehrsordnung nicht entsprechen, wird die Benutzungspflicht aufgehoben.  
1123 Zur Vermeidung von Fahrradverkehrsunfällen ist die Absicherung von Baustel-  
1124 len zu verbessern bzw. besser zu überwachen.

## 1125 **7. Stadtentwicklung und Bauen**

### 1126 **7.1 Masterplan Mainz**

1127 Wir setzen uns für die Aufstellung eines Masterplans für die Gesamtstrategie  
1128 der Stadtentwicklung von Mainz ein. Der Masterplan soll themenübergreifend  
1129 die langfristigen Perspektiven in der baulichen, verkehrlichen und wirtschaftli-  
1130 chen Entwicklung von Mainz aufzeigen und dabei die Schnittstellen zu den Be-  
1131 reichen Bildung, Umwelt und Soziales einbeziehen. Ähnlich wie in anderen  
1132 Städten (Köln, Frankfurt) soll die Aufstellung des Masterplans Mainz durch ein  
1133 breites Bündnis aus Wirtschaft, Verwaltung und Gremien der Stadt unter her-  
1134 vorgehobener Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner aufgestellt,  
1135 unterstützt und umgesetzt werden. Der Masterplan soll als Klammer für die vie-  
1136 len bereits jetzt existierenden Einzelkonzepte in der Stadtentwicklung dienen. Er  
1137 wird als verbindliches Stadtentwicklungskonzept und als maßgeblicher Leitfa-  
1138 den für künftige Entscheidungen verankert sein, z. B. für die Verortung künftiger  
1139 Nutzungen. Der Masterplan soll auch als Grundlage und zur Orientierung für  
1140 beratende Gremien wie den künftigen Städtebaubeirat sein. Die künftige Stadt-  
1141 entwicklung hat ökologischen und ökonomischen Aspekten hinsichtlich des Flä-  
1142 chenbedarfs Rechnung zu tragen. Innenentwicklung geht vor Flächenverbrauch  
1143 im Außenbereich. Mainz muss in der Qualität wachsen, nicht in der Fläche! Die  
1144 konsequente Nutzung von Konversionsflächen in diesem Sinn spielt dabei eine  
1145 wichtige Rolle.

1146 Die Ausrichtung an den Hauptentwicklungsachsen der Stadt (Fünf-Finger-  
1147 Prinzip) bleibt Grundlage der Stadtentwicklung. Der Gefahr der Zersiedlung,  
1148 zum Beispiel durch Bauvorhaben im Außenbereich, werden wir entgegenwir-  
1149 ken.

1150 Die Entwicklung des Zollhafens und die Entwicklung der nördlichen Neustadt  
1151 entsprechend des Rahmenplans sind Meilensteine der Stadtentwicklung von  
1152 Mainz. Sie sind auf Grundlage wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Krite-  
1153 rien voranzutreiben. Der Kommissbrotbäckerei kommt als Scharnier zwischen  
1154 dem neu zu entwickelndem Zollhafen-Quartier und der Neustadt als vielfältigem

1155 und urbanen Stadtteil eine Schlüsselfunktion zu. Die Kommisbrotbäckerei ist  
1156 nach Aufgabe durch die Bundeswehr als Stadtteil- und Kulturzentrum mit ange-  
1157 messener gewerblicher Nutzung zu entwickeln. Besondere Aufmerksamkeit gilt  
1158 dabei aktuellen Schwerpunkten der Stadtentwicklung wie Zwerchallee, Blei-  
1159 chenviertel, Nördliche Neustadt und Ludwigsstraße. Diese ist als Einkaufs-  
1160 standort zu verbessern und als Warenhausstandort zu erhalten. Damit die City  
1161 attraktiv und unverwechselbar bleibt, ist inhabergeführter Einzelhandel grund-  
1162 sätzlich gegenüber Filialisten zu bevorzugen. Ein lückenloses Versorgungsnetz  
1163 für Waren des täglichen Bedarfs ist vor allem in den Ortskernen auszuweisen.

1164 Mainz bewirbt sich darum, dass die Innenstadt in das Landesprogramm „Aktive  
1165 Stadt- und Ortsteilzentren“ aufgenommen wird. Noch nicht erledigte innerstädti-  
1166 sche Sanierungsobjekte sollen mit Städtebauförderungsrecht und mit Städte-  
1167 bauförderungsmitteln abgeschlossen werden. Im Quartier der Großen Lang-  
1168 gasse werden Modellprojekte einer verbindlichen Zusammenarbeit zwischen  
1169 Stadt und Privaten zur Stärkung von Geschäftsquartieren geprüft (in Anlehnung  
1170 an Business Improvement Districts). Diese Modelle werden bei Erfolg auf weite-  
1171 re Geschäftsquartiere übertragen.

## 1172 **7.2 Stadtklima**

1173 Die klimatischen Veränderungen werden eine Herausforderung für die Bau- und  
1174 Stadtentwicklung in Mainz darstellen. Negative Auswirkungen von Bauvorhaben  
1175 auf das Stadtklima sollen vermieden werden. Die dem Stadtklima förderlichen  
1176 Frischluftschneisen sind uneingeschränkt aufrecht zu erhalten. Die Koalition  
1177 beauftragt außerdem die Verwaltung zu prüfen, inwieweit durch Maßnahmen  
1178 positive Klimaeffekte erzielt werden können. Daher sind die Frischluftzufuhr,  
1179 Begrünung des bebauten Gebiets und Vermeidung der Flächenversiegelung  
1180 von hoher Priorität. Die mit dem Stadionneubau zusammenhängenden Beein-  
1181 trächtigungen des Stadtklimas werden durch geeignete Maßnahmen (kein zu-  
1182 sätzliches Parkdeck am Stadion, Freihalten der Frischluftschneise an den Rö-  
1183 mersteinen) so gering wie möglich gehalten.

## 1184 **7.3 Wohnraum**

1185 Angesichts des demografischen Wandels ist zusätzlicher qualitativer senioren-  
1186 gerechter Wohnraum zu schaffen. In den nächsten fünf Jahren sollen Tausend  
1187 seniorengerechte oder generationenübergreifende Wohnungen in Mainz reali-  
1188 siert werden. Ansprüchen an die Barrierefreiheit ist dabei in besonderem Maß  
1189 Rechnung zu tragen.

1190 Die Aufgaben der Wohnbau müssen sich künftig wieder auf die ursprüngliche  
1191 Kernkompetenz konzentrieren, nämlich die Schaffung von bezahlbarem, quali-  
1192 tativem Wohnraum. Gerade für Familien mit Kindern muss ein ausreichendes  
1193 Angebot an bezahlbaren Wohnungen in Mainz dauerhaft gesichert sein. Die  
1194 Anzahl sozial geförderter Wohnungen in Mainz soll deutlich erhöht werden. Da-  
1195 für soll verstärkt Information und Beratung für diesen Bereich angeboten wer-  
1196 den. Sämtliche notwendige Maßnahmen sind hierbei unter Berücksichtigung  
1197 wirtschaftlicher Erfordernisse abzuwägen. In Bebauungsplänen wird nach Mög-  
1198 lichkeit ein Anteil sozial geförderten Wohnraums vorgeschrieben. Durch die  
1199 Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen wird dafür Sorge getragen,  
1200 dass der Bau von zusätzlichen Studierendenwohnheime ermöglicht wird und  
1201 dass Studierende in Mainz zu vertretbaren Preisen Wohnraum finden. Die be-  
1202 hutsame Nachverdichtung sowohl innerstädtisch als auch in den Vororten – bei  
1203 konsequenter Einhaltung des Achsenkonzepts - ist durch die effiziente Nutzung  
1204 des Instruments von Bebauungsplanung zu regulieren. Die Aufstellung von Be-  
1205 bauungsplänen zur Steuerung der Nachverdichtung sind bedarfsgerecht und  
1206 den Kapazitäten der Verwaltung entsprechend zu nutzen. In Zusammenarbeit  
1207 mit den Ortsbeiräten wird eine Prioritätenliste zur Aufstellung von Bebauungs-  
1208 plänen aufgestellt.

#### 1209 **7.4 Barrierefreie Stadt**

1210 Die Gestaltung eines barrierefreien Umfelds, z. B. die Entwicklung integrativer  
1211 Wohnangebote und die Fortsetzung des Projektes „Barrierefreier Tourismus“  
1212 sind von besonderer Bedeutung. Die barrierefreie Gestaltung der Mainzer In-  
1213 nenstadt ist insgesamt voranzutreiben. Dazu zählen Wohnungen, öffentlicher  
1214 Raum, Geschäfte oder Behörden. Das Blindenleitsystem wird verbessert und  
1215 erweitert. Möblierungen des öffentlichen Raums werden außerhalb der Gehrou-  
1216 ten platziert. Bei der Neuanlage von Straßen wird die Bordsteinhöhe optimiert  
1217 und gesicherte Null-Absenkungen eingeführt. Öffentliche Gebäude werden, so  
1218 noch nicht geschehen, barrierefrei umgestaltet. Die Fußgängerbrücke zwischen  
1219 Brand und Rathaus soll einen Aufzug erhalten.

#### 1220 **7.5 Rathaussanierung**

1221 Der „Revitalisierung“ des denkmalgeschützten Rathauses als repräsentatives  
1222 Markenzeichen der Stadt gilt besonderes Augenmerk – mit dem Ziel, diesem  
1223 Anspruch hinsichtlich funktionaler und ästhetischer Qualität gerecht werden zu  
1224 können. Als nächster Schritt ist ein angemessenes Generalsanierungskonzept  
1225 zu erstellen, das aktuelle Ansprüche an Wärmeschutz, Energiebedarf, Technik,  
1226 Gestaltung, Funktionalität sowie Arbeitsplatzqualität erfüllt.

## 1227 **7.6 Rheinufergestaltung**

1228 Bereits eingeleitete Maßnahmen sind fortzuführen, zu ergänzen bzw. zu inten-  
1229 sivieren mit dem Ziel, Mainz als Stadt am Fluss wahrnehmbarer zu machen. Die  
1230 Nutz- und Erlebarmachung der Uferzone beispielsweise durch Schaffung zu-  
1231 sätzlicher Anreize wie Gastronomie etc., nach Möglichkeit im Dialog mit aktuel-  
1232 len Projekten auf hessischer Seite, steht dabei im Mittelpunkt der Bemühungen.  
1233 Bei allen Maßnahmen sind die Ergebnisse des Rheinuferforums zu berücksich-  
1234 tigen.

## 1235 **7.7 Mainzer Plätze**

1236 Um die Aufenthaltsqualität auf den Mainzer Plätzen zu erhöhen, sollen Bänke,  
1237 Bäume, Büsche und Blumenbeete ergänzt werden, wo immer es möglich ist.  
1238 Bei Veranstaltungen und Events sind die Interessen der Anwohnerinnen und  
1239 Anwohner zu berücksichtigen und Grünflächen zu schonen. Veranstaltungen  
1240 und Events sind auf geeignete Standorte im gesamten Stadtgebiet zu verteilen.  
1241 Bei allen Maßnahmen sind die Ergebnisse des Rahmenplans „Mainzer Plätze“  
1242 zu berücksichtigen.

## 1243 **7.8 Mainzer Häfen**

1244 Die im Interesse einer qualitätvollen Stadtentwicklung geplanten Absichten bei  
1245 Zollhafen und Winterhafen sind zu fördern. Der Zollhafen bietet eine großartige  
1246 Chance, ein Glanzpunkt in der Stadtentwicklung zu werden. Dadurch werden  
1247 nicht nur attraktive Wohngebiete am Rhein geschaffen, sondern es bieten sich  
1248 auch neue Möglichkeiten der Entwicklung des Rheinuferes.

## 1249 **7.9 Naherholung**

1250 Wir setzen uns für die Vernetzung von Grün- und Erholungsflächen ein. Vor-  
1251 handene Naherholungsflächen wie z.B. der Lennebergwald, das Gonsbachtal,  
1252 die Draiser Senke, der Volkspark etc. müssen u.a. durch geeignete landschaft-  
1253 gestalterische Maßnahmen aufgewertet und zusätzliche wie z.B. das Portland-  
1254 gelände oder das Rheinufer Weisenau ausgewiesen werden. Ein Grünflächen-  
1255 park von den Römersteinen zur Draiser Senke („Landschaftsfinger“) wird ange-  
1256 strebt. Die Grünflächen in der Innenstadt sind aufzuwerten.

## 1257 **7.10 Neuordnung Regierungsviertel**

1258 Auch das Regierungsviertel und das Mainzer Schloss sind repräsentative Aus-  
1259 hängeschilder der Stadt Mainz mit attraktiver Fernwirkung. Die Auslobung und

1260 Umsetzung der Realisierungs- und Ideenwettbewerbe in Folge des „Forums  
1261 Regierungsviertel“ sind für die qualitative Mainzer Stadtentwicklung wün-  
1262 schenswert. Ziel der laufenden Wettbewerbe soll eine Attraktivitätssteigerung  
1263 des Regierungsviertels sein.

## 1264 **8. Kultur und Denkmalpflege**

1265 Mainz ist eine Stadt, die Tradition und Moderne verbindet. Wir wollen die leben-  
1266 dige und vielfältige Kulturlandschaft in Mainz erhalten und sie fördern.

1267 Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die zukünftige kulturelle Entwicklung  
1268 von Mainz eine große aber unverzichtbare Herausforderung darstellt. Es ist  
1269 Aufgabe der politischen Gremien, die Leitlinien der Kulturentwicklung festzule-  
1270 gen und in diesem Rahmen deren Umsetzung zu fördern. Um diese Neuaus-  
1271 richtung zu erreichen, ist von der Stadt Mainz ein Kulturentwicklungsplan zu er-  
1272 arbeiten, der die Chancen zur Weiterentwicklung der kulturellen Vielfalt schafft.  
1273 Die Kulturszene in Mainz ist sehr kreativ und innovativ und es gilt dieses Poten-  
1274 zial weiterhin den unterschiedlichen Bereichen angemessen zu fördern und zu  
1275 erhalten.

1276 Da Kulturarbeit immer von den handelnden Personen und deren Engagement  
1277 abhängt, kann durch eine längerfristige Entwicklungsplanung Fehlentwicklun-  
1278 gen und dem Ausfall einzelner kultureller Sparten frühzeitig begegnet und die  
1279 gesamte Kulturlandschaft in Mainz gestärkt werden.

1280 Es soll die Einrichtung eines Eigenbetriebes Kultur geprüft werden. Der Eigen-  
1281 betrieb soll eng mit den verschiedenen kulturellen Einrichtungen zusammenar-  
1282 beiten und diese bei der Entwicklung einbeziehen.

1283 Das Konzept eines Eigenbetriebes entbindet die Stadt nicht von ihrer politi-  
1284 schen Verantwortung und darf die Verantwortung demokratisch legitimierter  
1285 Gremien nicht untergraben. Es soll vielmehr neue Wege ebnen und die Organi-  
1286 sation von Kulturförderung professionalisieren. Die Frage des Eigenbetriebs ist  
1287 im Kontext der gesamten Umstrukturierung der städtischen Beteiligungen zu  
1288 betrachten.

### 1289 **8.1 Bauhistorie und Denkmalschutz**

1290 Die historische Bausubstanz ist unser kulturelles Erbe und ist identitätsstiftend  
1291 für alle Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt. Die zahlreichen histori-  
1292 schen, kirchlichen und profanen Baudenkmäler aller Epochen in Mainz sind

1293 wichtig für das Selbstverständnis und das historische Bewusstsein in der Be-  
1294 völkerung und sowie für die Attraktivität der Stadt als touristisches Ziel. Wir wol-  
1295 len dieses Erbe pflegen und setzen dabei auch auf das große ehrenamtliche  
1296 Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger für die Erschließung, Erhaltung und  
1297 Pflege historischer Bauten; dies betrifft insbesondere den Dom, St. Stephan, die  
1298 Zitadelle, das Kurfürstliche Schloss, das Römische Mainz etc. .

## 1299 **8.2 Das römische Erbe von Mainz**

1300 Das römische Erbe der Stadt Mainz muss weiterhin bewahrt, fortschreitend er-  
1301 schlossen und behutsam gepflegt werden. Mit der Entwicklung eines neuen ar-  
1302 chäologischen Zentrums in der südlichen Altstadt durch Verlagerung des RGZM  
1303 bietet sich eine großartige Chance, dieses Anliegen in den nächsten Jahren  
1304 entscheidend voran zu bringen. In Verbindung mit der Ausgrabungsstelle des  
1305 Römischen Theaters entsteht eine einmalige städtebauliche und historisch be-  
1306 deutende Situation, die auch als außerschulischer Bildungsort zur anschauli-  
1307 chen Vermittlung von geschichtlichem Wissen über die Antike geeignet ist. Wir  
1308 gehen davon aus, dass die Verlagerung des RGZM finanziell abgesichert ist  
1309 und für die Stadt Mainz für den laufenden Betrieb keine Folgekosten entstehen.

## 1310 **8.3 Das Kurfürstliche Schloss**

1311 Das Kurfürstliche Schloss ist ein Baudenkmal von epochenübergreifender Be-  
1312 deutung und hoher Relevanz für gegenwartsbezogene Nutzungen. Wir setzen  
1313 uns für den Erhalt und die Sanierung des Schlosses ein; wir sind uns einig,  
1314 dass die Sanierung außerhalb des städtischen Haushalts fortzusetzen ist. Da-  
1315 bei gilt es, auch die Perspektiven für das Kongresswesen am Standort aufzu-  
1316 zeigen.

## 1317 **8.4 Staatstheater**

1318 Das Staatstheater ist eine wichtige Einrichtung für die kulturelle Strahlkraft un-  
1319 serer Stadt. Für Mainz bedeutet dies, das Theater weiterhin so zu finanzieren,  
1320 dass ein lebendiger, moderner Spielbetrieb der Stadt überregionalen Charakter  
1321 und Attraktivität verleiht. Wir sind uns einig, dass das Theater finanzielle Pla-  
1322 nungssicherheit benötigt. Der städtische Anteil wird mit dem Haushalt 2010 auf  
1323 11,2 Mio. Euro erhöht und für die laufende Wahlperiode auf diesem Niveau fort-  
1324 geschrieben.

1325 Von der Staatstheater GmbH selbst wird ein eigenes Bemühen um Erschlie-  
1326 ßung von Einnahmequellen, beispielsweise aus der Vermarktung von Räum-

1327 lichkeiten erwartet.

## 1328 **8.5 Überprüfung von Straßennamen**

1329 Benennungen von Straßen, Wegen und Plätzen leisten einen wichtigen Beitrag  
1330 zur Förderung des geschichtlichen Bewusstseins. Wir erkennen die Notwendig-  
1331 keit an, historisch belastete Straßennamen zu überprüfen und ggf. umzubenenn-  
1332 en. Bisher nicht hinreichend gewürdigte Bezugspunkte in der Stadtgeschichte  
1333 bei Straßenbenennungen sind stärker zu berücksichtigen. Das Vorschlagsrecht  
1334 der Ortsbeiräte für Straßenbe- und -umbenennungen bleibt unbenommen.

## 1335 **8.6 Gedenken und Erinnern**

1336 Wir bekennen uns zu dem Grundsatzbeschluss des Stadtrats für ein würdiges  
1337 Gedenken aller Mainzer Opfer der NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik.  
1338 Der Diskussionsprozess zur konkreten Umsetzung dieses Anliegens wird unter  
1339 der Verantwortung des Kulturdezernats wieder aufgenommen. Dabei müssen  
1340 die Verbände und Vertretungen aller im NS verfolgten Gruppen einbezogen  
1341 werden. Hierbei wollen die Koalitionsparteien auch das umfangreiche beste-  
1342 hende Engagement zahlreicher Mainzer Organisationen aufgreifen und deren  
1343 Akteure einbeziehen.

## 1344 **8.7 Museen**

1345 Das Naturhistorische Museum der Stadt Mainz hat an Attraktivität gewonnen.  
1346 Die Koalitionsparteien begrüßen das Vorhaben, unter dem Dach des Museums  
1347 ein Zentrum für Umweltbildung und –kommunikation zu errichten. Sie sind sich  
1348 einig, dass die vielfältige Museumslandschaft in Mainz davon profitieren wird  
1349 und dass weitere Schritte notwendig sind. Das Gutenberg-Museum soll neben  
1350 seinem Wissenschafts- und Forschungsauftrag an Attraktivität für die Besuche-  
1351 rinnen und Besucher gewinnen, um durch eine moderne, möglichst interaktive  
1352 Museumspädagogik und häufige und profilierte Einzelausstellungen attraktive  
1353 Angebote zu machen. Hierbei ist auch eine Überprüfung des Raumnutzungs-  
1354 konzepts nötig. Um Spielräume für eine qualitative Weiterentwicklung des Mu-  
1355 seums zu gewinnen, wird sich die Stadt Mainz um Landes- und Bundesmittel  
1356 zur Finanzierung der überregional bedeutsamen wissenschaftlichen Aktivitäten  
1357 bemühen. Ein Erweiterungsbau ist derzeit nicht möglich. Die Koalitionspartner  
1358 werden diese Kriterien bei der Neubesetzung der Direktorenstelle beachten.  
1359 Um die Raumnot aller Museen zu mindern und finanzielle Einsparungen zu er-  
1360 möglichen, soll die Möglichkeit eines zentralen Magazins für alle Museen und  
1361 Sammlungen geprüft werden.

## 1362 **8.8 Bibliotheken und Stadtarchiv**

1363 Die städtischen Bibliotheken und das Stadtarchiv können ihrem gesetzlichen  
1364 Auftrag aus Raumangel kaum nachkommen. Die geplante Umsiedlung dieser  
1365 Institutionen in neue, erweiterte Räumlichkeiten ist durchzuführen, denn diese  
1366 Einrichtungen sind unverzichtbare Bausteine der Wissenschafts- und Kultur-  
1367 stadt Mainz. Für die Leseförderung speziell im Kinder- und Jugendbereich ist es  
1368 wichtig, ein Netz dezentraler Ausleihstellen zu unterhalten.

## 1369 **8.9 Kunst im öffentlichen Raum**

1370 Die kulturelle Vielfalt von Mainz muss auch im Stadtbild wahrnehmbar sein. Bei  
1371 der Errichtung entsprechender Projekte soll künftig mehr Beteiligung der Öffent-  
1372 lichkeit erreicht werden. Dazu müssen die zuständigen Ortsbeiräte, Fachgre-  
1373 mien wie der Kunstbeirat und die interessierte Bevölkerung stärker einbezogen  
1374 werden.

## 1375 **8.10 Gestaltung des öffentlichen Raumes**

1376 Auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes ist ein wichtiger Standortfaktor für  
1377 Mainz. Aus diesem Grund ist eine attraktive Gestaltung durch die Stadt und die  
1378 vielen Initiativen so wie durch die Gewinnung ehrenamtliche Paten zu errei-  
1379 chen.

## 1380 **8.11 Wissenschaftsstadt Mainz**

1381 Mainz muss seine Potenziale als Wissenschaftsstadt besser nutzen. Hierfür bie-  
1382 ten die renommierten Hochschulen, die zahlreichen Institute und das gesamte  
1383 wissenschaftliche Gefüge dieser Stadt gemeinsam mit innovativen Unterneh-  
1384 men ideale Voraussetzungen. Mit der Bewerbung um den Titel „Wissenschafts-  
1385 stadt 2011“ geht Mainz in die Offensive und zeigt seine hervorragenden Eigen-  
1386 schaften in Forschung und Lehre. Wir möchten diesen Prozess auch mit breiter  
1387 Beteiligung der Mainzer Bevölkerung begleiten und unterstützen.

## 1388 **8.12 Förderung von freien Projekten und Initiativen**

1389 Freie Kulturprojekte sind unverzichtbar dafür, dass Neues entsteht, experimen-  
1390 telle und innovative Ansätze erprobt werden und damit sich kulturelle Aktivitäten  
1391 aus der Gesellschaft heraus entwickeln können. Deshalb wird die Koalition die  
1392 Förderung einzelner Projekte wieder aufnehmen und den hierfür zuständigen  
1393 städtischen Vergabebeirat reaktivieren. Zusätzlich zur jährlichen Vergabe von  
1394 Projektmitteln soll ein Verfügungsfonds eingerichtet werden, damit kleinere Zu-

1395 schüsse (beispielsweise für Druckkosten) durch den Kulturausschuss schnell  
1396 und unbürokratisch gewährt werden können. Die Mittelvergabe für Kulturprojek-  
1397 te soll Zuschüsse als Anschubfinanzierung ermöglichen mit dem Ziel, dass ge-  
1398 förderte Gruppen später nach Möglichkeiten auch ohne Zuschüsse kulturelle  
1399 Projekte realisieren können. Freie Kulturinitiativen decken auch dauerhaft Spar-  
1400 ten ab und bereichern das kulturelle Leben um Angebote, die in öffentlich ge-  
1401 tragenen Einrichtungen nicht vorkommen (z.B. Jazz, Kabarett, Performance,  
1402 Filmkunst). Die bisherige institutionelle Förderungspraxis soll mit dem Ziel ü-  
1403 berprüft werden, die kulturelle Vielfalt in der Stadt zu erweitern und auch neuen  
1404 Gruppen Möglichkeiten zu eröffnen.

### 1405 **8.13 Kulturelle Treffpunkte für Mainz**

1406 Die Koalitionspartner streben an, bei der künftigen Nutzung der Kommissbrot-  
1407 bäckerei in der Neustadt einen Teil der Räume als selbstverwaltetes Kulturzent-  
1408 rum einzurichten. Die Arbeit der Kulturfabrik Airfield auf dem Layenhof soll auch  
1409 bei einer Weiterentwicklung des Areals erhalten bleiben und die entstandene  
1410 Szene soll sich weiter entwickeln können. Zur kulturellen Szene in Mainz gehört  
1411 auch das Kulturzentrum (KUZ). Der Standort in der Dagobertstraße wird durch  
1412 eine zeitnahe Veräußerung der benötigten Grundstücksflächen an die Betreiber  
1413 gesichert.

### 1414 **8.14 Kulturelle Teilhabe**

1415 Kulturelle Angebote sind für die Menschen gemacht und es muss gelingen,  
1416 mehr Menschen den Zugang zu ihnen zu ermöglichen und zu erleichtern. Für  
1417 Menschen mit niedrigem Einkommen soll mit dem MainzPass ein System zur  
1418 vergünstigten Nutzung kultureller Einrichtungen für etabliert werden.

1419 Für Kulturschaffenden in Mainz soll die Möglichkeit bestehen künftig ihre Ange-  
1420 bote exemplarisch auf einer zentralen Homepage der Stadt eintragen zu lassen,  
1421 damit sie leichter und tagesaktueller wahrgenommen werden können. Diese  
1422 Seite soll den Interessierten die Angebotsvielfalt präsentieren.

1423 Zur Förderung der Baukultur wird ein mit externen Expertinnen und Experten  
1424 besetzter Planungs- und Gestaltungsbeirat eingesetzt. Dieser soll in seiner Ar-  
1425 beit eine breite Öffentlichkeit für das Thema qualitätvoller und nachhaltiger Bau-  
1426 kultur in unserer Stadt sensibilisieren. Die wichtige Arbeit des Denkmalschutzes  
1427 wird unter Berücksichtigung der Herstellung von Barrierefreiheit und der wirt-  
1428 schaftlichen Zumutbarkeit engagiert vorangetrieben.

## 9. Sport

Der Sport erfüllt in unserer Gesellschaft wichtige Funktionen. Alle Sportbereiche in unserer Stadt, ob es Schul-, Freizeit-, Vereins- oder Spitzensport ist, ermöglichen soziale Kontakte und schaffen Erlebnisse und Erfahrungen. Bei der Umsetzung wollen wir alle genannten Bereiche angemessen berücksichtigen. Deshalb streben die Koalitionsparteien in der laufenden Wahlperiode die Umsetzung folgender Ziele an:

- Die Schaffung von wohnungsnahen Sportangeboten, durch die vom Breiten- bis zum Spitzensport alle Bereiche gefördert werden. Dabei werden die Ergebnisse der existierenden Sportbedarfsanalyse eingearbeitet;
- Die Förderung des vereinsunabhängigen Sports durch die Verbesserung bestehender Einrichtungen (z.B. Laufstrecken im Volkspark, im Lennebergwald oder im Hartenbergpark, Verbesserung von Bolzplätzen) oder die Schaffung neuer Einrichtungen. Im Zuge der Umgestaltung des Volksparks gilt es, weitere Sportangebote zu schaffen;
- Stimmrecht im Sportausschuss für den Stadtsportverband;
- Einrichtung eines Mainzer Sporttages, durch den einerseits die Vereine die Gelegenheit erhalten, ihr Programm zu präsentieren, andererseits die Interessierten kompakt kennenlernen können, welche Sportangebote in Mainz vorgehalten werden. Dabei ist angestrebt Partner und Sponsoren, wie z.B. Träger des Gesundheitswesens, einzubinden. Eventuell kann ein solcher Sporttag in das Programm „Mainz lebt auf seinen Plätzen“ eingebunden werden;
- Im Bereich des Schulsports eine Optimierung der Nutzung von Hallen und Plätzen, um unter anderem eine Minimierung der Fahrtzeiten für Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Eine engere Verzahnung und Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen wird weiterhin angestrebt. Dabei ist zu prüfen, ob und in welchem Maße Förderprogramme des Landessportbundes genutzt werden können;
- Die weitere Umsetzung des bestehenden Sportstättenanierungsprogramms;
- Den Neubau und die Unterhaltung von Sporthallen (mit erster Priorität Finthen). Dabei wird die Koalition die bestehende Sportbedarfsanalyse als Grundlage für die Sportstättenentwicklung nutzen. Das Ziel einer Großsporthalle wird ebenfalls weiterverfolgt.
- Erhalt des Fördertopfes für Investitionsmaßnahmen für Sportvereine. Dabei

- 1465 ist vorgesehen, eine Anpassung an die allgemeinen Kostensteigerungen  
1466 vorzunehmen;
- 1467 – Förderung der Ehrenamtlichkeit durch Einrichtung eines Zuschusstoppes für  
1468 Aus- und Fortbildungsmaßnahmen von Übungs- und Organisationsleitern  
1469 kleinerer Sportvereine
- 1470 – Förderung des Vereinssports und Optimierung des privaten Mitteleinsatzes  
1471 durch städtische Bürgschaften oder Zuschüsse.

## 1472 **10. Bürgerschaftliches Engagement / Bürgerinnen- 1473 und Bürgerbeteiligung**

1474 Die Koalitionspartner streben an, Mainz in der kommenden Legislaturperiode in  
1475 den Bereichen bürgerschaftliches Engagement und Bürgerinnen- und Bürger-  
1476 beteiligung entscheidend weiter zu entwickeln („Bürgerkommune“). Um dies zu  
1477 erreichen, wird eine kommunale Gesamtstrategie für ein Leitbild des bürger-  
1478 schaftlichen Engagements für Mainz entwickelt. Ziel ist es, den sozialen Zu-  
1479 sammenhalt und die Lebensqualität im Gemeinwesen zu verbessern sowie die  
1480 lokale Demokratie zu stärken.

1481 Die Entwicklung des Gesamtmodells sowie die Umsetzung einzelner Maßnah-  
1482 men müssen gemeinschaftlich durch die drei „Säulen“ Stadtrat, Verwaltung und  
1483 Bürgerschaft erfolgen. Dies gilt für das Ausarbeiten grundsätzlicher Ideen eben-  
1484 so wie für die Festlegung von einzelnen Verfahren und die regelmäßige Evalu-  
1485 ierung während der laufenden Verfahren und ihre Überprüfung auf Kosten und  
1486 Angemessenheit hin.

1487 Die Koalitionspartner verpflichten sich, immer vor dem Hintergrund der Finan-  
1488 zierungsmöglichkeiten, Bürgerbeteiligung als kommunikativen Prozess zu er-  
1489 möglichen, der themenspezifisch, projektorientiert und auf einzelne Bereiche  
1490 zeitlich begrenzt abläuft. Die grundlegenden „Spielregeln“ sind Transparenz,  
1491 Ergebnisoffenheit und faire Einflusschancen für die Bürgerschaft.

1492 Um das Ziel der „Bürgerkommune Mainz“ zu erreichen, sollen unter anderen  
1493 folgenden Maßnahmen ergriffen werden:

### 1494 **Stärkung des ehrenamtlichen Engagements**

- 1495 – Ausbau und Stärkung von Engagement fördernden Einrichtungen wie  
1496 Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros und Stadt-  
1497 teilkonferenzen.

- 1498 – Stärkere Vernetzung zwischen der Ehrenamtsagentur Mainz und den Main-  
1499 zner Schulen, um Schülerinnen und Schüler frühzeitig und umfassend über  
1500 die vielfältigen Möglichkeiten im Bereich des Ehrenamts zu informieren und  
1501 gemeinsame Strategien zu erarbeiten (Schüler-Projektstage etc.).
- 1502 – Überprüfung des städtischen Würdigungswesens auf neue, „angemessene“  
1503 und zeitgerechte Formen der Anerkennung (insbesondere für Jugendliche),  
1504 Ehrung von Teams statt Einzelpersonen etc..
- 1505 – Vorschlagsrecht der Ortsbeiräte für städtische Ehrungen wie den Bürger-  
1506 empfang, um die die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements stär-  
1507 ker in den einzelnen Stadtteilen zu verankern.
- 1508 – Gründung von Unternehmenspatenschaften (corporate citizenship) zur För-  
1509 derung und Anerkennung von Ehrenamt (Bsp.: Finanzierung von ÖPNV-  
1510 Vergünstigungen o. ä. durch Unternehmen).

### 1511 **Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung**

- 1512 – Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Themen mit grund-  
1513 legenden Auswirkungen auf die Bevölkerung (Stadtentwicklung, Verkehr,  
1514 Energie etc). Zu prüfen ist, ob dies im Rahmen des B-Planvorhabens bei In-  
1515 vestitionsvorhaben der Stadt ab einer gewissen Größenordnung erfolgen  
1516 könnte. Die Form der Beteiligung (Befragung, Diskussionsforum, Stadtteil-  
1517 konferenz, Internet-Befragung) soll dem jeweiligen Thema und dem betrof-  
1518 fenen Personenkreis angepasst werden. Wünschenswert ist, in jedem Jahr  
1519 eine größere Bürgerbeteiligung durchzuführen. Dabei sollen auch die Mög-  
1520 lichkeiten der e-Demokratie einbezogen werden.
- 1521 – Stärkung der Ortsbeiräte im Rahmen der stärkeren Beteiligung der betroffe-  
1522 nen Stadtteile.
- 1523 – Die Ortsbeiräte erhalten die Möglichkeit, dem Stadtrat wichtige Anliegen in  
1524 einem einzurichtenden TOP „Anregungen der Ortsbeiräte“ als schriftliche  
1525 Vorlage zur Kenntnis zu geben.
- 1526 – Bürgerinnen und Bürger sollen mehr Transparenz und eine zielgenauere In-  
1527 formationen über bestehende Beteiligungsmöglichkeiten erhalten. Dazu ge-  
1528 hört auch die Unterlagen der öffentlichen Teile der Stadtrats- und Ortsbei-  
1529 ratssitzungen über das Internet allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich  
1530 zu machen.
- 1531 – Sobald ein Bürgerhaushalt mit der Einführung der Doppik vereinbar ist, soll  
1532 ein Teil des öffentlichen Haushalts durch ein partizipatives Haushaltsbera-  
1533 tungsverfahren in enger Verzahnung mit der Verwaltung aufgestellt werden.

- 1534 – Die Einsetzung eines Jugendparlaments wird geprüft.
- 1535 – Das Projekt „Come in contract“, das Kinder und Jugendliche als gleichbe-  
1536 rechtigte Verhandlungspartner betrachtet und in bestimmten Themenberei-  
1537 chen Projekte / Vereinbarungen zwischen Verwaltung (Politik) und Kindern /  
1538 Jugendlichen ausgehandelt und vereinbart, soll als eine Form der Jugend-  
1539 beteiligung erprobt werden.
- 1540 – Für Jugendliche relevante Informationen der Stadt sollen im Netz anspre-  
1541 chender gestaltet und aufgewertet werden. Zeitgemäßer Ausbau der Inter-  
1542 netpräsenz „jugend-in-mainz.de“ und Erweiterung um Informationen zur Be-  
1543 teiligung in der Kommune.
- 1544 – Bessere und zugänglichere Informationen über Jugendbeteiligung in der  
1545 Kommune– sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Mandatsträge-  
1546 rinnen und Mandatsträger und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwal-  
1547 tung.

## 1548 **11. Fragen der weiteren Zusammenarbeit**

1549 Dieser Koalitionsvertrag zwischen den Parteien von SPD, *BÜNDNIS 90/DIE*  
1550 *GRÜNEN* und FDP gilt für die Wahlperiode des Mainzer Stadtrates von 2009 -  
1551 2014. Alle drei Koalitionsparteien verpflichten sich, die Vereinbarungen aus dem  
1552 Koalitionsvertrag in allen städtischen Gremien umzusetzen. Die Partner tragen  
1553 dabei eine gemeinsame Verantwortung für die Erreichung der formulierten Zie-  
1554 le.

1555 Die Koalitionspartner vereinbaren, ihre Arbeit in den städtischen Gremien re-  
1556 gelmäßig miteinander abzustimmen und in allen Verfahrens-, Sach- und Perso-  
1557 nalfragen Übereinstimmung zu erzielen.

1558 Im Stadtrat sowie in allen weiteren beschickten Gremien stimmen die Koaliti-  
1559 onsparteien einheitlich ab.

1560 Der Koalitionsausschuss, der von den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der  
1561 drei Koalitionsparteien gebildet wird, tritt bei Angelegenheiten von grundsätzli-  
1562 cher Bedeutung und in Angelegenheiten zusammen, in denen keine Einigung  
1563 erzielt werden konnte. Nach vorheriger Einigung des Koalitionsausschusses  
1564 können weitere Personen hinzugezogen werden.

1565 Die Koalitionsparteien sind sich einig, dass

- 1566 – die Geschäftsverteilung im Stadtvorstand nach inhaltlichen Zusammenhän-

1567 gen und klaren Zuständigkeiten erfolgen soll;

- 1568 – die für die Stadt wichtigen Politikfelder "Schule" und "Kultur" ebenfalls zu-  
1569 künftig einem hauptamtlich geführten Dezernat zugeordnet sein sollen.

1570 Die Koalitionsfraktionen werden durch einen Antrag im Stadtrat am 16. Dezem-  
1571 ber 2009 die Hauptsatzung verändern, so dass sich der Stadtvorstand neben  
1572 dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin aus vier  
1573 weiteren hauptamtlichen Dezernenten bzw. Dezernentinnen zusammensetzen  
1574 wird. Auf die nach der Gemeindeordnung mögliche Einrichtung von bis zu zwei  
1575 weiteren ehrenamtlichen Dezernaten wird verzichtet. Die durch die hauptamtli-  
1576 che Dezernierung der Bereiche "Schule" und "Kultur" erforderlichen Mehrkosten  
1577 werden dauerhaft kompensiert, indem im Laufe der Wahlperiode dauerhaft zwei  
1578 Amtsleitungen in der Verwaltung eingespart werden.

1579 Die Parteien werden dem Oberbürgermeister folgende Dezernatsverteilung vor-  
1580 schlagen:

1581 **Dezernat I – Oberbürgermeister Beutel**

- 1582 - Stadtrat, Stadtvorstand, Ortsbeiräte, Migration/Integration  
1583 - Bürgerversammlungen, Bürgergespräche, Bürgerinitiativen  
1584 - Vertretung der Stadt, Zusammenarbeit mit Organisationen, Verbänden, Ver-  
1585 einen  
1586 - Leitung, Zentrale Steuerung, Organisation der Verwaltung  
1587 - Beschaffung von Einzelverbrauchsgütern inkl. Bedarfsprüfung  
1588 - Personalangelegenheiten, Frauenbüro, Gleichstellung  
1589 - Presse- und Informationsarbeit, Veröffentlichungen, Öffentlichkeitsarbeit ein-  
1590 schließlic h Veranstaltungen, Partnerschaften, internationale und interkom-  
1591 munale Beziehungen, Protokoll  
1592 - Datenverarbeitung, Kommunikationstechnologien, KDZ, Neue Medien  
1593 - Stadtforschung, Planungsgemeinschaft RheinhessenNahe, Zusammenarbeit  
1594 mit Nachbar- und Umlandgemeinden, Rhein-Main-Region  
1595 - Wahlen, Statistik  
1596 - Zusammenarbeit mit der Personalvertretung / Schwerbehindertenvertretung  
1597 - Rechnungsprüfung  
1598 - Rechtsangelegenheiten, Eigenversicherung, Schadensangelegenheiten,  
1599 Stadtrechtsausschuss, Schiedspersonen  
1600 - Einwohner- und Meldewesen, Staatsangehörigkeits- und Ausländerangele-  
1601 genheiten  
1602 - Konversion, Zivile Verteidigung  
1603 - Personenstandswesen  
1604 - EU-Angelegenheiten

1605  
1606  
1607  
1608  
1609  
1610  
1611  
1612  
1613  
1614  
1615  
1616  
1617  
1618  
1619  
1620  
1621  
1622  
1623  
1624  
1625  
1626  
1627  
1628  
1629  
1630  
1631  
1632  
1633  
1634  
1635  
1636  
1637  
1638  
1639  
1640  
1641  
1642  
1643  
1644

- Brandschutz
- Kommunale Kriminalprävention

Vertreter/Vertreterin: Bürgermeister/Bürgermeisterin NN

### **Dezernat II – Finanzen, Beteiligung Sport**

Bürgermeister /Bürgermeisterin NN

- Haushalt, Finanzen, Beteiligungen
- Steuern, Abgaben, Stadtkasse
- Sport, Hallen- und Freibäder

Vertreter: Oberbürgermeister Beutel

### **Dezernat III – Wirtschaft, Stadtentwicklung, Liegenschaften und Ordnungswesen**

Beigeordneter Ringhoffer

- Wirtschaftsförderung (einschließlich Medienwirtschaft)
- Kongresswesen, Bürgerhäuser
- Fremdenverkehr
- Vergabe von Leistungen und Lieferungen, Beschaffungen von Massenverbrauchsgütern inklusive E-Procurement
- Land-/Forstwirtschaft und Weinbau
- Stadtentwicklung, Gewerbeansiedlung, Raumordnungsplanung, Investorenleitstelle
- Liegenschaften
- Sondernutzungen
- Geschäftsstelle „Gutachterausschuss“
- Ordnungswesen (z. B. Gaststätten-, Waffen-, Versammlungs-, Lebensmittelgesetz, Untere Jagdbehörde)
- Zivilschutz, Rettungsdienst

Vertreter: Beigeordneter Merkator

### **Dezernat IV –Soziales, Kinder, Jugend, Schule und Gesundheit**

Beigeordneter Merkator

- Sozialhilfe, psychosoziale Beratungsdienste, besondere Hilfen, Betreuung ausländischer Mitbürger und Sozialeinrichtungen, Grundsicherung
- Behindertenhilfe, Werkstätten für Behinderte, Gleichstellung behinderter Menschen
- Altenpflege, Altentagesstätten, mobile Dienste
- Altenheime, Stiftungen, Hospizienfonds
- Allgemeiner Sozialdienst, Vormundschafts- und Familiengerichtshilfe für

- 1645 Minderjährige  
1646 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfen  
1647 - Haus der Jugend, Jugendzentren, Kinderspielplätze  
1648 - Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen / Tagespflege  
1649 - Elterngeld, Familiengeld, Unterhaltsvorschuss, Schüler-/ Meisterbafög  
1650 - Wohnungswesen, Wohnraumhilfen, Wohngeld, Mietpreisbehörde, Woh-  
1651 nungsförderung,  
1652 - Sozialversicherung  
1653 - Gesundheitswesen, Krankenhäuser  
1654 - Schulen

1655 Vertreter: Dezernent Ringhoffer

1656

### 1657 **Dezernat V – Umwelt, Grün, Energie und Verkehr**

1658 Beigeordneter Reichel

- 1659 - Umweltschutz, Umweltplanung, Untere Wasserbehörde, Untere Abfallbehör-  
1660 de  
1661 - Landespflege, Landschaftsschutz, Naturschutz, Untere Landespflegebehör-  
1662 den  
1663 - Entsorgung und Entwässerung  
1664 - Tiefbau-, Erschließungs- und Ausbaubeiträge  
1665 - Friedhofs- und Bestattungswesen  
1666 - Grünanlagen, Naherholung  
1667 - Energie  
1668 - Verkehrsplanung, Verkehrstechnik, Straßenverkehrsbehörde, Kfz-  
1669 Zulassung, Fahrerlaubnisse, Verkehrsüberwachung  
1670 - Beschilderungen und Markierungen

1671 Vertreter/in: Beigeordnete/r Dezernat VI

1672

### 1673 **Dezernat VI -Bau, Denkmalpflege und Kultur**

1674 Beigeordnete/r: NN

- 1675 - Stadtplanung  
1676 - Vermessung  
1677 - Bauaufsicht  
1678 - Hochbau  
1679 - Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft  
1680 - Stadtsanierung  
1681 - Denkmalpflege  
1682 - Zusammenarbeit mit Johannes-Gutenberg-Universität, Fachhochschulen  
1683 - Kulturelle Angelegenheiten u. Einrichtungen  
1684 - Stadtbibliothek, Öffentliche Bücherei

- 1685 - Peter-Cornelius-Konservatorium
- 1686 - Museen, Ausstellungen, Kulturprogramme
- 1687 - Stadtarchiv, Stadtgeschichte
- 1688 - Erwachsenenbildung, Volkshochschule
- 1689 - Staatstheater

1690 Vertreter: Beigeordneter Reichel

1691

1692 Für das Dezernat II und das Amt des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin sowie  
1693 für das mit dem Ausscheiden des jetzigen Amtsinhabers zu besetzende Dezer-  
1694 nat V erhält die Partei Bündnis 90/Die Grünen das Vorschlagsrecht für die Wahl  
1695 eines Bürgermeisters/einer Bürgermeisterin sowie eines Beigeordneten/einer  
1696 Beigeordneten durch den Mainzer Stadtrat.

1697 Für das Dezernat VI erhält die Partei der SPD das Vorschlagsrecht für die Wahl  
1698 eines Beigeordneten/einer Beigeordneten durch den Mainzer Stadtrat.

1699 Die Parteien streben an, dass die Wahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin  
1700 und die Wahl des Beigeordneten/der Beigeordneten für das Dezernat VI in der  
1701 Sitzung des Stadtrates am 10. Februar 2010 erfolgen.

1702 Im Falle des Ablaufs der Amtszeit oder des Ausscheidens eines von einem Ver-  
1703 treter/einer Vertreterin der Koalitionsparteien geführten Dezernats erhält die je-  
1704 weilige Partei des bisherigen Amtsinhabers/der bisherigen Amtsinhaberin das  
1705 Vorschlagsrecht für eine Neu- bzw. Wiederwahl durch den Mainzer Stadtrat.

1706 Neu zu besetzende Dezernate sollen ausgeschrieben werden.

1707

1708 Mainz, den

1709

1710

1711 Unterschriften